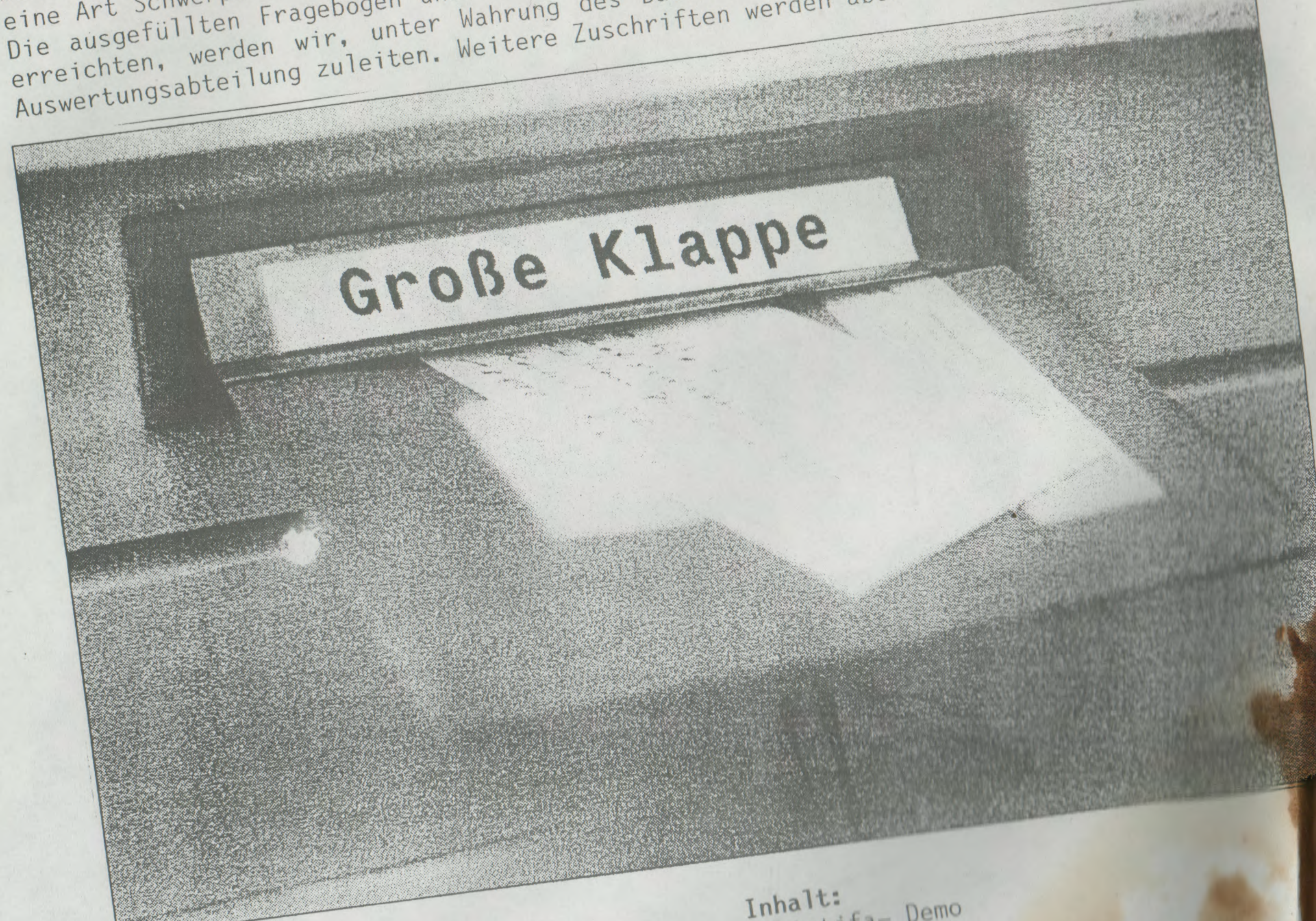


Nr. 398
21.11.1996
INTERIM
auswärts
3 DM
Wöchentliches Berlin Info
2⁵⁰ DM
Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Vorwort:

Hallo,
mehrere Beiträge zu den Bereichen Volxsport, Antifa und Anti-AKW-Bewegung bilden eine Art Schwerpunkt in dieser Ausgabe.
Die ausgefüllten Fragebögen unserer LeserInnenbefragung, die uns waschkörbeweise erreichten, werden wir, unter Wahrung des Datenschutzes, der wissenschaftlichen Auswertungsabteilung zuleiten. Weitere Zuschriften werden aber benötigt.



Inhalt:

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordner:

- Mehr zu: MRTA (Peru)
- mehr zu: Antifa Hetendorf
- Asta-TU-Antwort an a-rat
- Häuserkampf in Thessaloniki
- Redebeiträge von Frauen/Lesben-Demo zu Kurdistan (12.10.)
- mehr zu: Antifa Kaiserslautern
- Neonazis in Wuppertal
- Wie alles anfing
- Drohung gegen Friedrichshainer besetzte Häuser

DEMO

Samstag, 23.11.96 • 14 Uhr

Frankfurter Tor

(U5 Petersburger Straße)

Bild: Silvio-Meier-Gedenkdemonstration 1995 unter dem Motto »Antifa heißt Angriff«

Mach`ne Faust aus Deiner Hand!

Im November 1992 wurde der Antifaschist Silvio Meier am U-Bahnhof Samariterstraße von Neonazis erstochen. Vier Jahre später geht der rechte Terror weiter: Allein im Oktober kam es im Friedrichshain mehrmals zu bewaffneten Überfällen auf Linke.
Ein Treffpunkt der lokalen Nazi-Szene: »Peters Bierbar« in der Rigaer Straße. Wir wollen demonstrieren, daß die Faschisten nach wie vor mit unserem Widerstand zu rechnen haben.

Nichts ist vergeben – Niemand ist vergessen!

Kampf dem Faschismus!

Es rufen auf: Antifa Jugend Aktion Kreuzberg, Antifa Jugendfront, Antifaschistische Aktion Berlin, Antifa Süd-Ost, Autonome Gruppen in und bei der PDS, Edelweißpiraten, Jugendantifa Friedrichshain, Jugendantifa Rote Dorne Mitte/Prenzlauer Berg, Rote Söckchen in und bei der PDS

VOLXSPORT

Freiheit für Mumia Abu-Jamal - Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!

In der Nacht zum Montag den 11. November 1996 haben wir unter einem Chrysler Voyager des Chrysler-Vertragshändlers *Vogel* in Berlin-Adlershof einen Brandsatz hinterlassen.

Militante Politik als Ausdruck von Solidarität:

Wir haben eine militante Interventionsform gewählt, um unserer Solidarität mit dem Kampf um die Freiheit Mumia Abu-Jamals im besonderen und der politischen Gefangenen allgemein Ausdruck zu verschaffen. Wir begreifen diese militante Praxis als Sprachrohr für die Interessen der politischen Gefangenen, als Verbindungsglied zwischen "drinnen und draußen".
Indem wir die internationale Kampagne für Mumias Leben und Freiheit aufgreifen, wollen wir unser internationalistisches und antiimperialistisches Verständnis unterstreichen.

Daß diese Aktion allein - tausende Kilometer von den US-Todestrakten und dem Justizapparat entfernt - kaum ausreichend materiellen Druck hervorrufen wird, um Mumias Freilassung zu bewirken, ist uns bewußt. Hierin liegt ihre Begrenztheit, die aber dadurch relativiert wird, daß wir unseren militanten Beitrag in die vielfältige Kampagne einordnen. Wir stellen unsere Aktion deshalb ausdrücklich in den Zusammenhang des am 9. Dezember 1996 stattfindenden internationalen Aktionstag für Mumia Abu-Jamal. Dies ist der 15. Jahrestag der Verhaftung Mumias, an dem zahlreiche Aktionen geplant sind. Politischer Druck und eine öffentliche Mobilisierung entfalten sich erst, wenn die unterschiedlichen Aktionsformen (Wanderausstellung "Art against Death Penalty" - Kunst gegen die Todesstrafe; Filmbeitrag "Hinter diesen Mauern - Mumia Abu-Jamal und der lange Kampf um Freiheit"; 1 Mio. Briefe-Kampagne; militante Aktionen u. v. m.) miteinander in Beziehung gesetzt werden und zwischen diesen keine Trennungslinie gezogen wird. Nur so potenzieren sich politische Ausdrucksmittel und werden zu einer Kraft.

Die Aktion gegen Chrysler ist für uns ein legitimes Mittel, um auf die Praxis des rassistischen und klassistischen US-Justizapparates hinzuweisen. Chrysler stabilisiert aufgrund seiner ökonomischen Potenz das administrative System der USA an sich und somit jenen Apparat, der Mumia hinter dem Beton der Trakte verschwinden lässt.

Darüber hinaus verlässt jede militante Initiative den staatlicherseits als legal definierten Rahmen politischer Äusserung und dokumentiert im Umkehrschluß den antagonistischen Charakter zu den HERRschenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen.

Mumia als kämpfendes politisches Subjekt:

Mumia Abu-Jamal ist für uns als Black Panther Aktivist in den 60er Jahren, als Unterstützer der *Move*-Bewegung und als Journalist ein Repräsentant des schwarzen Widerstandes in den USA. Mit dem Anwachsen des Black-Power-Movements wuchs auch die Zahl der Schwarzen politischen Gefangenen und der Gefängniskampf wurde ein dominierender Teil des schwarzen Befreiungskampfes.
Das Berufungsverfahren Mumias vor dem Obersten Gerichtshof von Pennsylvania ist Teil diese Kampfes. Mumia ist mittels eines Anklagekonstruktes für die Tötung des Bullen Daniel Faulkner aus Philadelphia im Jahre 1981 verantwortlich gemacht und zum Tode verurteilt worden. Deshalb braucht er ein neues Verfahren. Auch wenn der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania im September 1996 die Anhörung einer Zeugin, die Mumias Unschuld bestätigen kann, genehmigte, bedeutet dies nicht die Aufnahme eines neuen Verfahrens. Die Durchsetzung einer Berufung ist im Kontext der reaktionären Justiz und des kürzlich verabschiedeten neuen "Anti-Terrorismus-Gesetzes" besonders schwierig, da das in der US-Verfassung verankerte Recht auf Habeas Corpus (Recht auf Haftprüfung durch Bundesrichter und -gericht) damit de facto abgeschafft wurde. Vorher konnten dadurch 40% aller Todesurteile aufgehoben werden.
Eine Verletzung verfassungsmäßiger Rechte ist jetzt durchaus möglich, nur "übermäßig" darf sie laut des neuen Gesetzes nicht sein. Was diese "Übermäßigkeit" ausmacht, liegt in den Händen der mit den Verfahren betreuten Gerichte. Dies lässt wenig Spielraum für die Verteidigung von politischen Gefangenen in Todesknästen. Auch ohne diese weitere Einschränkung für den Kampf der politischen Gefangenen ist das Verfahren für Mumia Abu-Jamal erschwert.
Der Vorsitzende Richter Sabo liess in seiner Laufbahn bereits 32 Todesurteile, die meisten davon gegen Schwarze und andere marginalisierte soziale Gruppen vollstrecken. Damit hat Richter Sabo US-weit die meisten Todesurteile zu verantworten. Im Prozess gegen Mumia bewies er seine Verbundenheit mit der Polizeigewerkschaft *FOP* (Fraternel Order of Police), die seit langem die Hinrichtung Mumias fordert. Zudem ignorierte er alle Anträge der Verteidigung und übernahm die Einschätzung der Staatsanwaltschaft. Da die Anwälte Mumias angesichts der veränderten "Rechtslage" die Chance auf ein neues Verfahren schwinden sehen, ist es wichtig, die Solidaritätsbewegung und jegliche Form von politischem Druck aufrechtzuerhalten bzw. zu verstärken.

Gefangenenkämpfe als politischer Faktor:

Die verheerende Situation der GenossInnen in den Knästen illustriert die staatliche Repressionspolitik und gleichzeitig die Schwäche der internationalistischen Anti-Repressionsarbeit. Deshalb muß sich die Antwort auf die Internationalisierung der Stammheime in einer Stärkung der internationalen Solidarität ausdrücken.

Wir unterstützen ausdrücklich die Initiative *Libertad*! in ihrem Vorhaben, 1997 einen internationalen Kampftag für die Freiheit der politischen Gefangenen in aller Welt auszurufen. Es sollte unser Ziel sein, trotz der unterschiedlichen Bedingungen und Erfahrungen den Aufbau eines internationalen Netzwerkes der Solidarität mit den politischen Gefangenen zu starten, um sich gegenseitig zu unterstützen und zu vernetzen.

Es ist staatliche Tradition, fundamentaloppositionellen Widerstand als "illegal" und sich außerhalb des gesellschaftlichen Konsens bewegenden "terroristischen Aktionismus" zu diskreditieren. Den AkteurInnen von militantem und bewaffnetem Widerstand droht unter Umständen die jahrzehntelange Einkerkerung. Widerstand soll als hoffnungsloses Unterfangen hingestellt werden. Dennoch zeigt die Praxis der vergangenen Jahrzehnte, daß politische Gefangene hinter den Knastmauern ein politischer Faktor sind. Sie konnten durch zahlreiche Hungerstreiks und Mobilisierungen gegen Isolationsfolter sowie zerstörerische Haftbedingungen Prozesse "draußen" anschieben. Die jüngsten Beispiele des baskischen Gefangenenkollektivs und aus der Türkei/Kurdistan belegen dies.

Politische Gefangene begreifen wir als politische Subjekte, die wegen ihrer Entscheidung, sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu wenden, eingeknastet sind. Unser Kampf um ihre Befreiung ist eine Etappe auf unserem Weg zu einer Gesellschaft ohne Knäste.

Viele solidarische Grüße an Birgit Hogefeld!

Für eine breite Mobilisierung zum internationalen Aktionstag für Mumia Abu-Jamal am 9. Dezember!

eine antiimperialistische Gruppe

VOLXSPORT

Friede den Hütten - Krieg den Palästen
Vor einigen Tagen und pünktlich zum Wintereinbruch räumte der Berliner Senat das seit mehreren Jahren besetzte Haus Kreutziger Straße 21.
Diese unsägliche Räumung und nicht zuletzt der durchgeknallte Sprengwachtmeister der Berliner Paramilitärs, der entweder zuviel Speed genommen, oder aber den Streifen zu oft im Kino gesehen hat und der Ansicht zu sein schien, Türen lassen sich am wuchtigsten mit Sprengstoff öffnen, mag zwar insbesondere für Schöhnboom voll im Trend der Zeit liegen, für uns allerdings, von Hause aus vieleicht etwas konservativ, bleibt es nach wie vor eine simple Schweinerei.
Und zwar eine solche, die uns in Verbindung mit (*wir können's schon nicht mehr hören*) Sozialabbau und (*dito*) Hauptstadtwahn zu ebenso alten aber immer noch nett anzusehenden Aktiönchen eilen läßt. Wir würden die Bonzen gern beim Arsch packen, und weil wir dafür vieleicht noch zuviele Skrupel haben, packen wir einfach eine Handbreit drunter und machen dort, wo sonst der oben beschriebene Allerwerteste sitzt ein kleines Feuerchen, auf daß dar Inhaber, wenn er morgens motorisiert zur Kapitalbildung eilen möchte, erstmal ein Häufchen Asche beiseite fegen muß, und sich dabei wahrscheinlich Gedanken über die steuerliche Absetzbarkeit seines mittelschwer zusammengeschrumpelten 300er S-Klasse Daimlers macht. Das soll aber nicht mehr unser Problem sein...
In Kurzform: 3.11. - Wannsee/Hohenzollernstraße - 300er S-Klass - brutzel-schmor!

Bewegung "Parke nicht auf unsern Wegen" (autonome Sektion)

Parke nicht auf unseren Wegen.

Der Senator für Verkehr und Betriebe | BERLIN

5. November 1996 HAMBURG **VOLXSPORT**

Farbanschlag auf den Innensenator

Drei Männer bewarfen Wrocklage-Dienstwagen mit Steinen und Coladosen – Motiv: Vorstoß gegen Bettler

„Angst? Dann wär ich der falsche Mann an diesem Platz." Ganz cool gab sich Innensenator Hartmuth Wrocklage gestern nach einem Anschlag in Altona. Drei maskierte Männer schleuderten mit Farbe gefüllte Cola-Flaschen und Steine auf den BMW 525i des Politikers. Ihr Motiv: der Vorstoß des Politikers gegen Bettler in der City.

Um 10 Uhr fuhr Wrocklages Chauffeur langsam durch die Hospitalstraße. Er war auf dem Weg zu einer Veranstaltung zum Thema „Einbürgerung von Türken" (Siehe auch S. 2/3) auf dem Gelände der ehemaligen Kinderklinik. Als der Fahrer den blauen BMW in die Grundstücksauffahrt lenkte, stürzten drei Männer aus dem Eingang eines Hauses gegenüber.

„Plötzlich knallte etwas gegen die Scheibe" erinnert sich Peter B., Senatsfahrer seit zehn Jahren. „Ich rief dem Senator zu „runter" und rutschte unters Lenkrad - wie in der Ausbildung gelernt." Eigentlich wollte er Gas geben, nur weg. Aber: „Vor mir stand ein Taxi, ich konnte nicht vor und zurück."

Dessen Fahrer, Davoud Ahadzadeh, beobachtete den Anschlag im Rückspiegel. Er sprang sofort aus dem Wagen, ließ seinen Fahrgast zurück. „Ich lief den Attentätern hinterher, zerrte einen von ihnen vom Fahrrad. Doch er konnte entwischen." Daß Ahadzadeh dem Innensenator geholfen hatte, ahnte er erst, als sich dessen Fahrer bei ihm bedankte. „Ich würde es immer wieder tun." Ironie des Schicksals: Der Taxifahrer wartet selbst seit neun Jahren auf seine Einbürgerung.

Helfer wartet seit neun Jahren auf Einbürgerung

Personenschützer des LKA, die zwar am Versammlungsort warteten, aber nicht die Straße beobachtet hatten, begutachteten vor Ort den Schaden am Senats-BMW: Der rechte Scheinwerfer zertrümmert, die Frontscheibe beschädigt, Seitenscheiben mit roter Farbe übergossen. Das Auto blieb am Tatort. Der Senator fuhr in einem silberfarbenen BMW 520 davon.

Polizisten stellten nach dem Farbattentat am Tatort mehrere Bekennerschreiben sicher. Unter der Überschrift „Die Verantwortlichen für Sozialabbau und Flüchtlingsabschiebung angreifen!" beziehen sich die Täter auf Wrocklages Rolle bei der Abschiebung bosnischer Kriegsflüchtlinge und seinen Vorstoß gegen Bettelei in der Hamburger Innenstadt. Wrocklage zu dem Angriff: „Das war eine politische Demonstration. Man sollte das nicht überbewerten. Mit Anschlägen muß ein Innensenator leben."

th/zebo/rb



ANSCHLAG
Ein Stein traf die Frontscheibe, eine Cola-Flasche zertrümmerte den Scheinwerfer und ein Farbbeutel die Beifahrerscheibe

Das Bekennerschreiben

ub – In dem am Tatort sichergestellten Bekennerschreiben heißt es unter der Überschrift „Die Verantwortlichen für Sozialabbau und Flüchtlingsabschiebung angreifen!!" wörtlich: „Innensenator Wrocklage betreibt die immer stärkere Unterdrückung und Ausgrenzung von Flüchtlingen in Hamburg. Hand in Hand mit seinem bayrischen Kollegen organisiert er die möglichst schnelle Abschiebung von bosnischen Kriegsflüchtlingen. Parallel dazu entwirft Wrocklage Pläne, Obdachlose und BettlerInnen aus der Innenstadt zu vertreiben und mit Repression zu überziehen. Radikal gegen Ausbeutung und Unterdrückung! Für ein solidarisches Leben! Bleiberecht für alle! Offene Grenzen!"



BEWACHT
Mit zwei Bodyguards an der Seite, betrachtet Wrocklage den Schaden.

Tagesereignisse sind Anlaß

„Autonome" haben sich zu dem Anschlag auf Innensenator Hartmuth Wrocklage bekannt, am Tatort Bekennerbriefe hinterlassen. Nach Ermittlungen des LKA sind sie eine kleine radikale Gruppierung, die politische Tagesereignisse zum Anlaß für ihre Aktionen nimmt. Die Täter begehen hauptsächlich Sachbeschädigungen, nehmen dabei aber auch Personenschäden in Kauf. Auf ihr Konto gingen in letzter Zeit mindestens drei weitere Anschläge: Im November 1995 zertrümmerten sie das Küchenfenster des Poppenbüttler Hauses von Staatsrat Wolfgang Prill. Sie warfen ebenfalls mit Farbe gefüllte Cola-Flaschen ins Haus. Was sie nicht wußten: Zwei Wochen zuvor war Familie Prill ausgezogen. Außerdem steckten sie das Auto an, das zuvor Ex-Justizsenator Hardraht gehört hatte. Und sie randalierten im Haus von Polizist Dieter Dommel, zerstörten Auto und Scheiben.

Bewachung nur bei Gefahr

Bürgermeister Henning Voscherau ist der einzige Politiker der in Hamburg rund um die Uhr bewacht wird. Personenschützer des Staatsschutzes begleiten ihn dauernd. Alle anderen Senatoren werden je nach ihrem Termin oder der aktuellen Bedrohungslage bewacht. „Anschlag nicht ausgeschlossen", hieß es beim gestrigen Termin des Innensenators zum Thema „Einbürgerung von Ausländern" in Altona. Deshalb erwarteten zwei „Bodyguards" den Senator vor dem Versammlungsort. Das LKA hatte offenbar mit einer „Störung" am Gebäude in Altona nicht aber während der Anfahrt gerechnet. Die Privathäuser der Senatoren sind festungsartig gesichert: Schußsicheres Glas, Direktalarm-Leitung zur Polizei und ständig patrouillierende Peterwagen. Deren Dienstwagen sind allerdings nicht gepanzert. Wrocklages Fahrer Peter B.: „Die Scheiben sind wurf- aber nicht schußsicher."

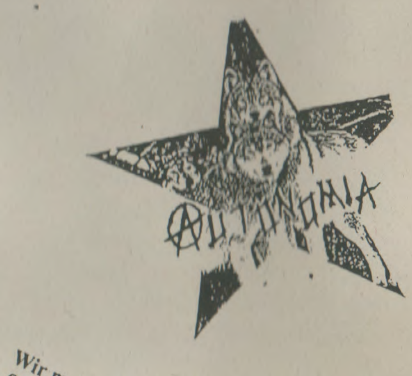
FASCHISTISCHE STRUKTUREN ANGREIFEN !

Aufruf zu einer NRW- weiten Demonstration am 21.12 um 13.00 Uhr in Lüdenscheid.

Auftaktkundgebung : Graf Engelbert Platz

Die Demo richtet sich gegen den bundesweit aktiven neonazistischen „Donner -Versand", die Redaktion der Zeitschrift „Widerstand" und den „Deutschen Jugend Bund „ (DJB) aus Werdohl. Harald Th. Mehr aus Lüdenscheid , einer der Betreiber des Versandes und der Zeitschrift war Beisitzer im Vorstand der „Nationalistischen Front" (inzw. verboten). Auch die andern uns namentlich bekannten Personen waren Mitglieder der NF: Alexander Schloß aus Schalksmühle und Stefan Haase aus Lüdenscheid.

Da das sogenannte „ nationalrevolutionäre Lager" um die NF nach deren Verbot eine weitgestreute Kleingruppenstruktur bevorzugt , sehen wir in den Betreibern des Versandes und der Zeitung jene Personen , die dazu beitragen diese Gruppen zu vernetzen . Sie haken mit ihren Aktivitäten dort ein , wo bereits ein günstiger Nährboden vorhanden ist : der Schulung von Kader und Gruppenleitern . Ähnlich wie dies auch in dem Sammelbecken „Junge Nationaldemokraten" JN geschieht . Ziel dieser Taktik ist es , eine neonazistische Bewegung zu schaffen , die nicht an Parteistrukturen gebunden ist .



Wir mobilisieren für diese Demo NRW -weit .
Sie wird von einem breiten Bündnis getragen.
Es wird einen autonomen Block geben .
Nach der Demo gibts u. a. vegane Volxküche in warmen Räumen .
Bitte verbreitet diesen Aufruf fix.
Wir brauchen eure Unterstützung und hoffen auf riesig viele Leute.
Weitere Infos in ca 2 Wochen .

Grüße und Danke AAntifa Lüdenscheid

ANTIFA WUPPERTAL

GESCHICHTSWERKSTATT WUPPERTAL

Brunnenstr. 41
42105 Wuppertal
Tel./Fax: 0202/311790

Veranstaltungshinweis:

Die Mörder sind unter uns.

Der NS-Kriegsverbrecher Herbertus Bikker und die deutsche Justiz.

Informationsveranstaltung
1.12.96 19.00 Uhr
Kulturzentrum Pelmkestraße
Pelmkestr.18 Hagen -Wehringhausen

Es sprechen:
- **Truus Menger - Widerstandskämpferin und Bildhauerin aus Holland (angefragt)**
- **Hans Frankenthal - Auschwitz - Überlebender u. Vorsitzender der jüdischen Kultusgemeinde Hagen**
- **Uli Sander VVN - BdA NRW**
- **eine VertreterIn der Geschichtswerkstatt Wuppertal**

Am 4.11.95 organisierten AntifaschistInnen aus Holland und Deutschland zusammen eine Kundgebung vor dem Haus des "Henkers von Ommen". Was zu diesem Zeitpunkt nur wenige wußten: in Hagen lebt seit den 50 iger Jahren - von der deutschen Justiz unbehelligt - ein Nazikriegsverbrecher. Bikker wurde in Holland wegen zweier Morde und Mißhandlungen im Lager Ommen zum Tode verurteilt, Bikker konnte aber 1952 aus dem Gefängnis in Breda nach Deutschland fliehen. Ausgerechnet seine SS-Angehörigkeit machte den Holländer schnell zum deutschen Staatsbürger, der nicht an Holland ausgeliefert werden konnte. Die deutsche Justiz stellte aus "Mangel an Beweisen" 1957 das Verfahren ein.
Die antifaschistische Kundgebung hat jetzt ein juristisches Nachspiel , am 4.12.96 wird vor dem Amtsgericht Hagen zwei TeilnehmerInnen der Kundgebung der Prozeß wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. gemacht. Den Prozeß nehmen antifaschistische Gruppen aus Holland und der BRD zum Anlaß zu den Hintergründen des Falls Bikker zu informieren.
Truus Menger, in Deutschland durch das Buch von Ingrid Strobl einem breiteren Publikum bekannt, wird über den Widerstandskampf gegen die deutschen Besatzer berichten, Uli Sander von der VVN- BdA beleuchtet die unrühmliche Rolle der "Dortmunder Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen", in der nachweislich Staatsanwälte an führender Stelle gearbeitet haben, die selbst NS-Funktionsträger waren.
Hans Frankenthal wird aus der Sicht der Überlebenden zur Frage der NS-Täter Stellung beziehen. Von der Veranstaltung aus soll eine Wiederaufnahme des Strafverfahrens gegen Bikker angestrengt werden, die Enthüllungen über die Nazi-Staatsanwälte in Dortmund und Hamm, die seinerzeit mit den "Ermittlungen" gegen die NS-Kriegsverbrecher betraut waren, lassen die Vermutung zu, das ähnlich wie im Fall Priebke Beweismaterial verschwunden ist, versteckt oder nicht angemessen gewürdigt wurde. Zusammen mit den holländischen WiderstandkämpferInnen werden die verschiedenen antifaschistische Gruppen die entsprechenen Anträge Anfang Dezember stellen.

ANTIFA WUPPERTAL

22.11.96, Freitag

18.00 AZ
Castor- Gruppe Bergischland
Infos, Debatten, handfeste Vorbereitungen zum nächsten Castor-Transport im Wendland. Zum Überwintern bestens geeignet

19.30 AZ
Veranstaltung zum Lehr und Dokumentationsfilm **"How to come through"** Die Anschläge auf das Glasfasernetz des Frankfurter Flughafens durch die militante Gruppe "keine verbindung e.V "ist uns allen noch in bester Erinnerung. Millionen Mark Sachschaden verursachte ein kleiner Schnitt durch die Glasfaserkabel... Die Aktion wurde begründet mit der Abschiebemaschinerie auf dem Frankfurter Flughafen und dem dortigen Internierungslager. Jetzt liegt ein Film vor, den wir gerne zur "Dokumentation" dem Wuppertaler Publikum zeigen wollen. Die Premiere dieses Filmes wurde leider in Frankfurt von Sondereinsatzkommandos der Polizei unterbunden, gegen 80 Leute ermitteln die Büttel der Staatsgewalt wegen kollektivem Filmgenuß nach 129a. Seit dem Überfall wird der Film jetzt überall im Bundesgebiet fleißig gezeigt. Denn was verboten ist, wird doch gerade erst interessant...
Wir wollen den Film nutzen endlich mal wieder eine Diskussion über Militanz anzuschieben. Ausgehend von einem Diskussionspapier aus Frankfurt, das zur Vorbereitung im Infoladen zu haben ist, wollen über Grenzen und Möglichkeiten von militanten Aktionen in den kommenden Auseinandersetzungen diskutieren.
P.S Bullen werden natürlich zu dieser gewiß spannenden Debatte nicht eingelassen oder müssten mit dem Hubschrauber kommen.

30.11., Samstag

21.00 AZ
Soli-Party für die laufenden Prozeßkosten von Mumia Abu Jamal. HipHop und Punk werden aufgelegt!

4.12.96, Mittwoch

11.00 Amtgericht in Hagen
Die Kundgebung bei Nazimörder Bikker vom November 95 hat ein juristisches Nachspiel. Nicht für den Mörder, nein weit gefehlt, **es sind zwei WuppertalerInnen angeklagt,** das Rädel geführt zu haben. (Verstoß gegen das Versammlungsgesetz) Kommt alle!

ANTIFA KAISERSLAUTERN

SCHLUSS MIT LUSTIG ! RAUS AUS DER DEFENSIVE !

KAMPF DEM FASCHISMUS

AUF DER STRASSE, IN DEN BEHÖRDEN UND IN DEN BETRIEBEN



"Unsere Sache ist gerecht - unser muß der Sieg sein -. Wir führten in vielen Sprachen den gleichen, harten, opferreichen Kampf. Und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch wehen Hitlerfahnen ! Noch leben die Mörder unserer Kameraden ! Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum ! Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens :
Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht ! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung ! Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel !"

aus dem Schwur von 21 000 Menschen im April 1945
nach der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald

Kaiserslautern ist seit einigen Monaten wieder Aufmarschpunkt für lokale und auswärtige FaschistInnen. Bis zu 100 FaschistInnen treffen sich fast jedes Wochenende in der Stadt, um von hier aus ihre Aktivitäten zu starten; sie ziehen parolenbrüllend durch die Innenstadt und greifen Jugendliche und SchülerInnen an. Der bekannteste Treff- und Sammelpunkt in Kaiserslautern ist die Gaststätte "Kroko" in der Steinstraße 56, von der auch die bisher heftigsten Übergriffe ausgingen. Einzelne Menschen werden aus dem "Kroko" heraus gedemütigt und angegriffen, und wenn das nicht reicht, wird die um die Ecke gelegene Szene-kneipe "Delirium" überfallen. So geschehen am 19. Oktober. Nazi-Skinheads im typischen Outfit zogen am "Delirium" vorbei, und als die Provokationen mit Nazi-Gegröhle ("Sieg Heil", "Ausländer raus") und der schwarz-weiß-roten Reichsfahne nicht wirkten, kehrten sie kurz darauf zurück, griffen die Menschen vor dem "Delirium" direkt an und traten die Fenster der Kneipe ein. Nur durch die entschlossene Gegenwehr der Anwesenden konnten die Faschisten zurückgeschlagen werden. Die danach auftauchenden Bullen nahmen zwei Faschos fest, ließen die restlichen aber unbehelligt zwei weitere Angriffsversuche unternehmen. Das Bullenverhalten gipfelte darin, daß nicht etwa das "Kroko", sondern die überfallene Szenekneipe "Delirium" für den Rest des Abends schließen mußte.
Am Wochenende darauf erwarteten die Bullen nach Presseberichten 200 Faschos, die "Strafaktionen" gegen das "Delirium" durchführen wollten. Da aber zeitgleich bei Aachen ein Treffen mit 250 Faschos stattfand, waren nur etwa 60 in Kaiserslautern. Eine massive Bullenpräsenz nahm den im "Kroko" versammelten FaschistInnen den Mut, vor dem Delirium aufzutauchen, war aber gleichzeitig ein Versuch der Bullen, die AntifaschistInnen im "Delirium" einzuschüchtern.

FaschistInnen haben nirgendwo etwas zu suchen; wer ihnen trotzdem einen Treffpunkt bietet, muß mit den entsprechenden Konsequenzen rechnen. Das gilt insbesondere für KneipenwirtInnen.
Mit der Demo zeigen wir, daß wir uns unser Recht auf Selbstverteidigung gegen faschistische Angriffe nicht nehmen lassen, auch und gerade von den Bullen nicht.
In die Offensive gegen StraßenfaschistInnen !
Wir lassen uns nicht einschüchtern - egal von wem !
Die Skins im "Kroko" und anderswo sind keine "fehlgeleiteten Jugendlichen", keine "gewaltbereiten Neutralen", sondern FaschistInnen.
Mit der Demo zeigen wir, daß auch Kaiserslautern kein ruhiges Aufmarschgebiet für FaschistInnen ist.
Nazi-Treffen verhindern ! Die faschistischen Strukturen zerschlagen !

Faschistischer Terror wird von Bullen, Behörden und Medien verharmlost, Mörder zur alkoholisierten Einzeltätern gemacht. "Die Rheinpfalz" mit Hauptsitz in Ludwigshafen übernimmt bereitwillig-sympatisierend wörtlich und ohne eigene Recherche die Bullenberichte, die von "randalierenden, gewaltbereiten Jugendbanden" sprechen. Vier Tage nach dem Überfall auf das "Delirium" darf der Bulle Alex Reiz von der "Arbeitsgruppe Jugend" (vormals "AG Straße") bei der Polizeidirektion auf Seite eins der "Pfälzischen Volkszeitung" die Vorkommnisse umlügen. Aus den angreifenden, aggressiven FaschistInnen werden "Skins" "eher rechts oder neutral", die sich mit "Punkern - zum großen Teil links bis neutral" "Scharmützel" liefern. Damit verwischt und verharmlost Reiz die Realität und setzt gleich: "Keine Seite ist der Gewalt abgeneigt. Zudem spielt der Alkohol eine Rolle". Abschließend droht er : "Wir wollen ihnen unmißverständlich klar machen, daß sie sich nichts mehr leisten dürfen". In welche Richtung diese Drohung des Bullen zielt, ist klar.

Bullen sind nie unsere "Freunde und Helfer", es gibt keinerlei Gründe für Gespräche oder Zusammenarbeit mit ihnen.
Reiz' Drohung werden seine z.T. strafversetzten Kollegen in der Wache Gaustraße sicher gerne in die Tat umsetzen. Diese Wache ist u.a. durch ihre "lange rutschige Kellertreppe" stadtbekannt, der immer wieder AusländerInnen, aber auch andere nicht in das Weltbild der Bullen passende Menschen zum Opfer fallen. Die Wache Gaustraße ist nur etwa 100 Meter vom "Delirium" entfernt...
Hand in Hand mit der Bullerei arbeitet die Ausländerbehörde Kaiserslautern. Diese ist verantwortlich für die Durchsetzung des rassistischen "Ausländerrechts" und für Abschiebungen. Auf ihr Konto gehen seit 1994 mindestens fünf Selbstmordversuche von abschiebungsbedrohten Flüchtlingen in Kaiserslautern und der Todesfall von Kola Bankole bei der Abschiebung, wobei einige für uns nachvollziehbar von Mord sprechen. Auch für die schweren Verletzungen eines Türken, die dieser bei einem Abschiebeversuch am 16. Oktober erlitt, trägt die Ausländerbehörde die Verantwortung. Gegen einen ihrer Mitarbeiter wurde deswegen Strafanzeige gestellt. Im Kaiserslauterer Knast befinden sich ständig bis zu 20 Flüchtlinge in Abschiebehaft mit der Gewissheit diesen erst am Tag ihrer Abschiebung verlassen zu können, womöglich in den sicheren Tod. Durch den institutionalisierten Rassismus in den Behörden und im Alltag werden die StraßenfaschistInnen bestätigt und zu weiteren Taten animiert.

Mit der Demo solidarisieren wir uns mit allen von Repression und Rassismus betroffen Menschen und fordern den sofortigen Freispruch für Safwan Eid und alle angeklagten AntifaschistInnen. Glaubt nicht den Lügen des Staates und seiner Medien. Der Kampf gegen das rassistische menschenverachtende System ist legitim ! Bleiberecht für alle ! Offene Grenzen !
Macht keine Aussagen bei Bullen und Justiz, sie werden immer gegen uns eingesetzt. Bullen und Justiz haben keinerlei Interesse an Wahrheit und Gerechtigkeit, sie stehen immer auf der anderen Seite, der Seite der Herrschenden.

Dem Teil der Jugend, der durch Aussehen, Verhalten oder Einstellung nicht in das geforderte Gesellschaftsbild paßt, sich dem Konsum verweigert oder sich nicht mit den herrschenden Verhältnissen abfinden will, wird keine Möglichkeit gegeben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. In Kaiserslautern werden Jugendliche an ihren Treffpunkten von Kameras überwacht und von BürgerInnen, Beamten in zivil und Uniform vertrieben. Von einem selbstverwalteten (Jugend-)Zentrum sind wir in dieser Stadt noch weit entfernt. Im städtischen "provisorischen" JUZ in der Steinstraße, das sowieso nur selten und am Wochenende und in den Ferien nie geöffnet ist, steht alles unter Kontrolle der SozialarbeiterInnen und des Jugendamtes. Alternative Treffpunkte wie zum Beispiel das "Delirium" sind ständig von Schließung, Repression und Überwachung bedroht. Weitere Perspektiven werden so den Jugendlichen genommen und Kaiserslautern noch unattraktiver gemacht.

Mit dieser Demo stellen wir uns gegen Konsum und Fremdbestimmung, für ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung. Freiräume müssen erkämpft werden ! Für ein autonomes Zentrum !
Kampf dem Sozialabbau - für soziale Gleichheit.

Hinter dem Faschismus steht das Kapital
Der Kampf um Befreiung ist international

ANTIFA-DEMO
SAMSTAG 30.11.96 12 UHR

AUFTAKT: PLATZ VOR DEM POLIZEIPRÄSIDIUM KAISERSLAUTERN
(NÄHE HAUPTBAHNHOF)

Antifaschistisches Bündnis Kaiserslautern



Liebe Genossinnen und Genossen!

Mit diesem Brief wollen wir Euch zum einen über den bisherigen Stand der laufenden Verfahren wegen der Hetendorfer Tagungswoche, zum anderen auch darüber, wie wir weiterhin denken, mit dieser Repression umzugehen, informieren.
Hier noch einmal kurz die Fakten:
- bisher wurden mind. 50 Einstellungsangebote der Staatsanwaltschaft Lüneburg verschickt;
- es wurden mittlerweile mind. 35 Anklagen wegen Landfriedensbruch zugestellt; davon betroffen sind bisher ausschließlich Leute unter 21 Jahren; die Anklagen sind somit Sache der zuständigen „Heimatgerichte“, da in diesen Fällen das Jugendstrafrecht Anwendung findet;
- eine Verhandlung hat bereits vor dem Amtsgericht Gifhorn stattgefunden; Ergebnis: Einstellung des Verfahrens gegen Zahlung von 200,- DM Bußgeld an einen antifaschistischen Arbeitskreis in Braunschweig. Der Anwalt des Betroffenen konnte somit erfolgreich auf die Ungleichbehandlung der einzelnen Betroffenen ausschließlich aufgrund des Zufalls Altersunterschied hinweisen.

Bei dem letzten gemeinsamen Treffen aller Betroffenen / DelegiertInnen, stellte sich ziemlich schnell heraus, daß es durchaus unterschiedliche Herangehensweisen an die laufenden Verfahren gibt.
Dabei ging es vorrangig um Fragen der „Gewinnbarkeit“ zukünftiger Prozesse, politischem Nutzen derselben, und nicht zuletzt unserer Fähigkeit diese Mehrarbeit in unseren Zusammenhängen sowohl politisch als auch finanziell leisten zu können / zu wollen.
Das Ergebnis dieses Treffens war eine Quasi-Spaltung der Betroffenengruppe in jene, die keines der Einstellungsangebote annehmen und stattdessen politische Prozesse führen wollen und andere, die sich entweder noch nicht schlüssig über ihren weiteren Umgang damit waren, oder sich aber schon sicher auf eine Annahme dieses „Ablaßangebotes“ einstellten.

Der Kreis von Menschen, die sich für politische Prozesse, die Unterstützung der ohnehin von solchen Betroffenen und eine massive Öffentlichkeitsarbeit entschieden haben, trafen sich am vergangenen Sonntag, den 27.10., um ihr weiteres Vorgehen und die Beweggründe dafür zu besprechen.

Dabei stellten sich folgende Argumente für das Führen von politischen Prozessen als konsensfähig heraus:
(Die Nummerierung folgt nur der Übersichtlichkeit halber und beinhaltet keine Gewichtung)

1. Hetendorf 13 kann und muß mit diesen Prozessen wieder in die Medienöffentlichkeit, und damit auch in das Bewußtsein der BürgerInnen, vorrangig in der Region Celle / Hetendorf gerückt werden. Dazu ist allerdings eine massive Öffentlichkeitsarbeit nötig, die sich auch in einem neuen Dialog mit dem BürgerInnen-Bündnis und Außenstehenden zeigen soll / wird. Eine überregionale Öffentlichkeitsarbeit, also eine quasi bundesweite Kampagne wurde zunächst als nicht realisierbar eingeschätzt.
2. Neben diesem nach Außen in die Offensive gehen, wurde die Wichtigkeit gerade auch für unsere inneren Strukturen betont. Abschreckende oder gar verheerende Auswirkungen gerade auf jüngere und / oder unorganisierte Menschen hätte es folglich, wenn diese feststellen müßten, daß es innerhalb der Szene beim Einsetzen der Repression gegen Einzelne keinerlei Rückhalt für die Betroffenen gibt. Dies hätte neben einem Demobilisierungseffekt für weitere antifaschistische Aktionen auch einen grundsätzlicheren: mit dem Eingehen auf Einstellungsangebote würden wir uns auf das Spiel des Staates einlassen, seine Regeln anerkennen, den demokratischen Grundkonsens wiederherstellen, und somit einen politischen Offenbarungseid leisten. Denn die Frage nach unserem eigenen Staatsverständnis würde sich daran direkt anschließen; also: kann ich tatsächlich durch Worte und Taten revolutionären Antifaschismus predigen und gleichzeitig, beim zu erwartenden Einsetzen der staatlichen Repression, diesen über den Haufen schmeißen?
3. Ein weiterer nicht zu unterschätzender Punkt ist die von den Repressionsbehörden immer wieder angestrebte Trennung und Aufsplitterung in sog. Gute, also „friedliche“ Antifas und die sog. Bösen, also die „Gewaltbereiten“. Dem kann nur durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit bürgerlichen AntifaschistInnen vor Ort begegnet werden.
4. Es gibt trotzdem die unterschiedlichsten Gründe auf die Einstellungsangebote einzugehen. Diese individuellen Entscheidungen können im Einzelfall immer noch die beste Lösung sein. Dieses gilt es zu akzeptieren, damit auch diese Menschen nicht im Regen stehen. Außerdem heißt das, daß alle, die ohnehin Prozesse haben, auch wenn sie in einem Prozess auf eine Einstelung hinarbeiten, vom neuen Bündnis sowohl juristisch, als auch finanziell unterstützt werden.

5. Die bewußte Entscheidung, sich an politischen Aktionen wie in Hetendorf zu beteiligen, muß auch den verantwortlichen Umgang mit der Repression hinterher miteinschließen, will heißen: ein gemeinsames Vorgehen und öffentlich machen des Nazi-Treibens in Hetendorf muß auch ein geschlossenes Signal an die Justiz „nicht alles ungestört machen zu können, was sie wollen“ beinhalten.

Auf dem Treffen wurden ferner ein allgemeines Flugblatt, Presse- und kontinuierliche Anwalts- Kontakte, ein ebenfalls allgemeines Plakat und eine Einschätzung zur Unterschiedlichkeit und Gewichtung von Öffentlichkeitsarbeit sowohl in den einzelnen Städten und Regionen, als auch in der „Zentrale“ Celle besprochen.
Zum letzten Punkt wurde beschlossen, daß die einzelnen Prozesse zunächst auch in den betroffenen Städten, soweit dort organisatorisch möglich, vorbereitet und mit eigenen regionalen Schwerpunkten besetzt werden sollen, und dann in den größeren Zusammenhang des neuen Bündnisses über Plakate, Flugis etc. eingebunden werden.
Nun noch einen Hinweis bezüglich möglicher / theoretischer Folgen der Einstellungsangebote:
- nach der Annahme derselben besteht durchaus die Gefahr, das diejenigen als ZeugInnen in zukünftigen Prozessen geladen werden, und dann im schlimmsten Fall Aussagen gegen die eigenen GenossInnen machen müßten. Falls euch dies, trotz aller Unwahrscheinlichkeit, widerfahren sollte, meldet euch umgehend beim EA.

Noch etwas Grundsätzliches zum Umgang mit Einstellungsangeboten, AntwältInnen usw.:
Die Notwendigkeit eineN Anwalt / Anwältin aufzusuchen, besteht erst, wenn ihr konkrete Strafbefehle, Anklageschriften etc. in den Händen haltet. Alles andere kostet unnötig Geld, und bringt euch gar nichts!

Alle, auch die, die sich bisher noch nicht an diesem neuen Antirepressionsbündnis beteiligt haben, laden wir zum nächsten Gesamt-Treffen am Sonntag, den 10.11., um 14.00 Uhr im UJZ KORN, Kornstr. 28/30 in Hannover ein.
Falls euch ein Kommen nicht möglich ist, oder sich in der Zwischenzeit Neuigkeiten ergeben haben, meldet euch bitte umgehend beim EA in Hannover.

Die nächsten Prozeßtermine sind:

25.11., 12.30 Uhr, Amtsgericht Wolfsburg, Saal D

Übrigens: Prozesse zu führen, ob nun „freiwillig“ oder aufgezwungen, kostet Geld! Spendet, macht Soli-Parties, Aktionen, etc. und überweist die Kohle, die dabei zusammen kommen, auf das unten angegebene Konto; Stichwort nicht vergessen!

Kommt zu den Prozessen, zeigt eure Solidarität mit den Angeklagten und beteiligt euch an der Antirepressionsarbeit.



Mit solidarischen Grüßen,

Ermittlungsausschuß Hannover, 02.11.1996



EA Hannover
Postanschrift: Kornstr. 28/30, 30167 Hannover
Telefonisch und persönlich: montags von 19 - 20 Uhr im UJZ KORN
Tel.- und Fax.Nr.: 0511 / 1616711
Spendenkonto: Kto.Nr. 37744119, BLZ 25050180, Stichwort „Hetendorf“, SSPK Hannover



Landfriedensbruch-Prozeß in Wolfsburg

Kurz, spektakulär: Verfahren eingestellt

Es war eine kurze, aber recht spektakuläre Verhandlung. Angeklagt war Wiebke S., eine junge Wolfsburgerin. Sie hatte im Landkreis Celle an einer antifaschistischen Demonstration teilgenommen, wo ihre Personalien aufgenommen und die Ermittlungen eingeleitet wurden. So mußte sie sich nun unter anderem wegen Landfriedensbruchs vor dem Wolfsburger Amtsgericht verantworten.

Der morgendliche Termin lockte viele Besucher an, so daß der zuständige Richter kurz erwog, einen Teil der Prozeßzuschauer aus Platzgründen draußen zu lassen. Schließlich standen und saßen doch alle eng gedrängt im Saal E, während der Richter peinlich genau auf Ruhe achtete und damit drohte, den Saal räumen zu lassen, nachdem die Zuschauer die Prozeßerklärung der Angeklagten beklatschten.

In dieser wendete sie sich der ihrer Meinung nach zu geringen Verfolgung rechtsextremer Gruppen zu. Damit begründete sie auch die Wichtigkeit der antifaschistischen Bewegung. In Hetendorf wollten die Demonstranten eine „Nazi-Versammlung“ stören, wobei Polizeieinheiten eingegriffen haben. „Dabei ist belegbar, daß die Demonstranten eingekesselt worden sind und sich die Versammlung somit gar nicht auflösen konnte“, führte der Verteidiger an und wies auf Akten, Video- und Fotomaterial hin, das dieses bezeugen könne. Daher verlangte er die Einstellung des Verfahrens wegen „unfairen Prozesses“.

Sowohl Richter als auch Staatsanwalt zeigten sich verblüfft von dieser Auskunft. Nach einer kurzen Debatte, in der die Staatsanwaltschaft betonte, wegen der Geringfügigkeit nur nach Jugendgesetz Strafe fordern zu wollen, ging er auf eine etwas geänderte Forderung der Verfahrenseinstellung der Verteidigung mit den Worten ein: „Da mache ich mit.“

Nach einer Bedenkzeit schloß sich der Richter den Anwälten an. Damit ist die Demonstration aber noch nicht vom Tisch, denn ein weiterer Wolfsburger muß sich am 25. November ebenfalls wegen des „Vorfalles“ in Hetendorf verantworten. *rst*

6.11.96 WAZ-Nachrichten

25.11. Internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen



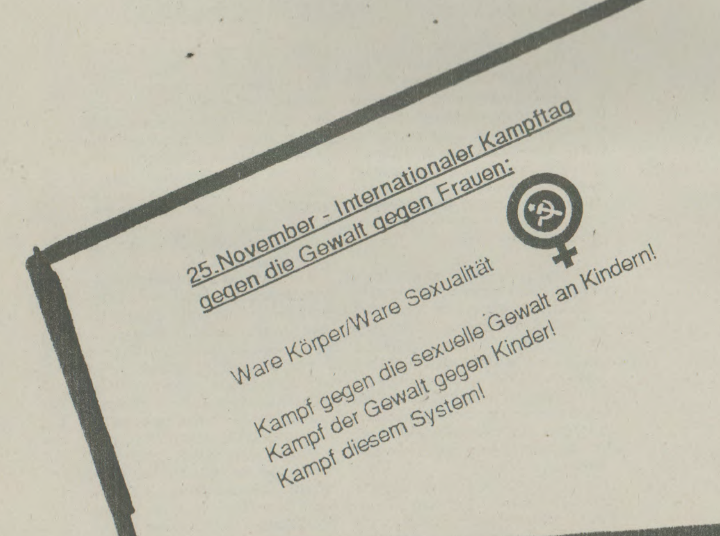
Podiumsdiskussion mit:

Cecy Prestello vom Coletivo Mulher Vida aus Recife berät Mädchen und junge Frauen, die im Strandviertel von Recife für Touristen arbeiten und deren Traum es oftmals ist, über Heirat nach Europa auszuwandern.
Sigrun Katins arbeitet bei Ban Ying, einer Koordinationsstelle für Migrantinnen aus Südostasien in Berlin, die sich gegen Frauenhandel und ausländerrechtliche Diskriminierung von Frauen einsetzt.
Barbara Eritt kennt die Arbeitsbedingungen und Migrationsgründe von polnischen Frauen und die Arbeit von Beratungsstellen in Polen.

Angestrebt ist eine kritische Diskussion feministischer Forderungen zu Beispielen wie Gewalt, Frauenhandel, Heirat, Recht...

Brasilien ⇆ Berlin ⇆ Polen

Feministische Strategien zur Migration von Frauen



Kundgebung:

25.11.,15.30 Uhr U-Kottbusser Tor

Redebeiträge, Straßentheater, Musik,..

Frauengruppen um Bolschewik Partizan und "Trotz alledem"

 Demo, So. 24.11. um 14 Uhr, Bürgerplatz Garching

STOPPT DAS ATOMKAPITAL! FRM II NIE!

Am 1. August begann mit dem Bau des (Atom-) Forschungsreaktors FRM II in Garching bei München eines der umstrittensten Bauprojekte seit der WAA in Wackersdorf und eine neue Offensive der Atommafia. Die Kosten für den Bau des FRM II werden momentan auf 720 Millionen DM geschätzt, die bisherige Kostenentwicklung läßt aber vermuten, daß er bis zur Fertigstellung weit über das Doppelte kosten wird. Das Geld soll zu zwei Drittel aus dem Forschungsetat und zu einem Drittel aus dem Bildungsetat entnommen werden. Zur selben Zeit werden Gelder für Schulen und Unis drastisch gekürzt. Lehrerstellen werden gestrichen, Bücher sollen selbst gezahlt werden, Klassen werden größer, Wahlpflichtfächer werden zusammengestrichen, die 13. Klasse soll bei gleichbleibendem Lernstoff wegfallen, usw..

Ausgaben für alternative Energien, wie Wind- und Solarenergie, werden gestrichen, investiert wird in gefährliche „Spitzentechnologien", in Kernspaltung, Kernfusion, sowie Gen- und Reproduktionstechnologie.
Kein Grund zur Klage hat hingegen die Firma Siemens, deren Atomfiliale KWU sich damit eine neue Existenzberechtigung schafft. Der Atommonopolist ist Generalunternehmer für den Bau des Garchinger Atomreaktors, außerdem ist dieser erste deutsche Reaktorneubau seit der Katastrophe von Tschernobyl ein politischer Testfall, um die Akzeptanz für weitere neue AKWs in der Bevölkerung auszuloten. Könnte der FRM II widerstandslos gebaut werden, steht weiteren Projekten (z.B. dem geplanten Europäischen Druckwasserreaktor EPR) nicht mehr viel im Wege.

Die deutschen Energiekonzerne VIAG, RWE und VEBA sichern sich durch das Festhalten an der Atomenergie ihre Monopole und verhindern einen Umstieg auf ökologische, dezentrale Energieversorgung.
Eine besondere Bedeutung hat der FRM II auch für die deutschen Großmachtbestrebungen. Die Verfügung über Atomwaffen ist das letzte Machtinstrument, das Deutschland nach der Wiederbewaffnung und der Zulassung von Kampfeinsätzen im Ausland fehlt, um auch militärisch wieder Weltmacht zu sein. Die CSU- Regierung war deshalb schon immer einer der härtesten Gegner des Atomwaffensperrvertrags. Der FRM II soll mit bombentauglichem, hochangereichertem Uran arbeiten, die jährlich anfallende Menge würde für mehrere Atombomben ausreichen. Entgegen den Behauptungen der FRM II Pressestelle lassen sich die Brennstoffplatten in Säure auflösen, wodurch der Bombenstoff extrahiert wird. Nach dem Scheitern der WAA Wackersdorf und des „Schnellen Brüters" Kalkar wäre der FRM II die erste Atomanlage in Deutschland, die mit ausreichenden Mengen an Spaltmaterial für Kernwaffen arbeitet.

Ansonsten sind mit dem FRM II dieselben Probleme verbunden wie mit AKWs auch: Der Uranabbau, der ganze Landstriche radioaktiv verseucht, die Gefahren bei der Anreicherung des Urans und beim Transport und die Strahlung während des Betriebs. Die „Zwischenlagerung" radioaktiver Abfälle stellt keine Lösung des Problems dar, sondern verdrängt die Gefahr für uns und die kommenden Generationen aus dem Bewußtsein. Eine besondere Gefahrenquelle ist außerdem der neuartige, hochverdichtete Reaktorkern, an dessen Zuverlässigkeit auch beim TÜV erhebliche Zweifel bestanden. Eine Kernschmelze ist bei Ausfall der Zwangskühlung möglich! Die Folgen wären verheerend! Außerdem erhöht sich durch den nahen Erdinger Flughafen das Risiko durch Flugzeugabstürze.

Atomtechnik sichert Konzernprofite und nationale Interessen auf
Kosten von Mensch und Umwelt! Lassen wir uns das nicht bieten!
Für einen entschlossenen, lebendigen Widerstand auch in Garching!
Stellen wir ihrem Macht- und Gewinnstreben unsere Solidarität und
Lebensfreude entgegen! Entsorgen wir den Atomstaat!

Wir fordern:
- **Den sofortigen Baustop des FRM II, die sofortige Stillegung des „Atomeis" und aller anderen Atomanlagen!**
- **Kein Bildungsklau für Reaktorbau!**
- **Den Verzicht auf Atomtransporte!**
- **Den Stop aller Atomtests, die Vernichtung aller Atom- und sonstigen Waffen!**
- **Die Einstellung aller Verfahren und die Rehabilitierung aller verurteilten AtomkraftgegnerInnen!**

BBA –
BREMER BÜRGERINNENINITIATIVE GEGEN ATOMANLAGEN



20 Jahre BBA. 20 Jahre Kampf dem Atomstaat.

Bremen, den 4. 11. 96

Liebe Leute, sehr geehrte Damen und Herren,

nicht nur die Stadtillustrierte *Bremer* und Radio Bremen 4 feiern in diesem Jahr ein Jubiläum. Auch die Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (damals noch keine „BürgerInnen") wurde vor nunmehr zwanzig Jahren gegründet und ist damit eine der ältesten noch arbeitenden BIs in der BRD.
Wir nehmen diesen zwanzigsten Geburtstag zum Anlaß, einen Blick auf Geschichte und Gegenwart der BBA und der Anti-AKW-Bewegung zu werfen - und natürlich auch kräftig zu feiern. Vom 5. - 7. 12. 96 finden im Naturfreundejugendhaus in der Buchtstraße 14/15 Veranstaltungen und Diskussionen statt. Es gibt Filme, eine Ausstellung und am Samstag ein Konzert mit der Bremer Band *Colours* mit anschließender Party.
Uns sind 20 Jahre BBA ein Grund zum Feiern. Euch/ Ihnen hoffentlich Grund zu einem Beitrag.
Im folgenden möchte ich die geplanten Veranstaltungen genauer vorstellen. Sollte es Rückfragen geben, so wendet Euch/ wenden Sie sich bitte an mich, Silja Freudenberger, Tel. 78848 oder an den BBA-Laden, Tel. 700144 (Anrufbeantworter und Rückruf).

Die Auftaktveranstaltung am 5. 12. haben wir unter das Motto „vorausschauender Rückblick" gestellt. Eine Bilanz von mehr als zwanzig Jahren Widerstand gegen Atomanlagen und seine Perspektiven stehen an diesem Tag im Mittelpunkt.
Fritz Storim, der aus der Tradition des autonomen Widerstands gegen das AKW Brokdorf kommt, wird auf eine bewegte Zeit zurückschauen und auch das Publikum schauen lassen: Dias von „damals". Dokumente einer Aufbruchstimmung, die heute weit weg zu sein scheint.
Es geht in dieser Veranstaltung aber nicht darum, bei einem Rückblick stehenzubleiben und nur nostalgische Gefühle zu erzeugen. Vielmehr dient der Blick zurück einer kritischen Auseinandersetzung mit der Entwicklung und dem Stand der Anti-AKW-Bewegung heute.
Unter anderem werden die folgenden Fragen eine Rolle spielen:
Inwieweit richteten sich die Anti-AKW-Kämpfe nur gegen Auswüchse der herrschenden Verhältnisse, ohne sie insgesamt in Frage zu stellen?
War und ist die Anti-AKW-Bewegung in der Lage, sich eigene Begriffe von Recht und Gewalt, Herrschaftsfreiheit und Solidarität anzueignen?
Wie wird mit Siegen und Niederlagen umgegangen, wie entwickelt sich Widerstand von Menschen mit unterschiedlichen politischen Verhältnissen und sozialer Herkunft?

Das Ende der Veranstaltung ist offen, denn diskutiert werden soll an diesem Abend reichlich.

„Wo steht die Anti-AKW-Bewegung heute?" ist die Frage, um die es in der Veranstaltung am 6. 12., anknüpfend an den Vorabend, geht. Wir haben Leute aus verschiedenen Atomstandorten, aber auch aus Städte-BIs eingeladen, um mit ihnen unter anderem über die folgenden Themen zu diskutieren:
Gibt es überhaupt eine Anti-AKW-Bewegung oder nur eine Anti-Castor-ins-Wendland-Bewegung? Profitieren die anderen Standorte vom Kristallisationspunkt Gorleben? Kann der regelrechte Gorleben-Hype der letzten zwei Jahre dazu genutzt werden, den Widerstand auch anderswo wieder zu intensivieren, oder droht mit einem „Aus" für Gorleben auch das Ende der wiederauferstandenen Anti-AKW-Bewegung? Inwieweit spielen neben Fragen des Umweltschutzes auch Technologie- und Kapitalismuskritik noch eine Rolle in der Begründung des Widerstands gegen Atomanlagen? Haben die aktiven Menschen und Gruppen überhaupt ein politisches Interesse daran, systemkritische Ansätze wieder in der Anti-AKW-Bewegung zu verankern?
Die Fragen und Beiträge des Vorabends sollen natürlich gleichfalls wieder aufgegriffen werden. Auch hier erhoffen wir uns eine spannende Diskussion mit lebhafter Beteiligung aller Anwesenden.

Nach zwei durchdiskutierten Abenden, einem Blick auf die Geschichte wie auf die Fragen der Gegenwart, gibt es dann am 7. 12. das wohlverdiente Fest.

Nochmal die genauen Termine:

5. 12. 18.00: 20 Jahre Kampf dem Atomstaat. Ausstellungseröffnung
20.00: Bilanz und Perspektiven zum Widerstand gegen Atomanlagen. Ein „vorausschauender Rückblick" mit Fritz Storim.
6. 12. 20.00: Wo steht die Anti-AKW-Bewegung heute? Eine Diskussion mit Leuten von verschiedenen Atomstandorten und Städte-BIs.
7. 12., ab 20.00: Party mit *Colours*, dazu Anti-AKW-Filme, danach Tanz.

Für die Diskussionsveranstaltungen wird eine Gebärdendolmetscherin organisiert. Zu unserem Bedauern sind die Veranstaltungsräume nicht rollstuhlgerecht, wir werden uns aber bemühen, RollifahrerInnen die Teilnahme zu ermöglichen.

Jetzt auch Anschläge auf Standorte von Atomkraftwerken befürchtet
Von Friedrich Kuhn, dpa =

Bonn (dpa) - Nach den jüngsten Anschlägen auf Bahnstrecken in mehreren Teilen der Bundesrepublik planen militante Atomkraftgegner nach Angaben des Verfassungsschutzes offenbar Anschläge auch auf Standorte von Atomkraftwerken. In einer Analyse der Anti-Castor-Kampagne kommen die Kölner Verfassungsschützer zu dem Schluß, daß Deutschland vor einer neuen Welle linksextremistischer Gewalt steht. Nach den neuesten Erkenntnissen streben Linksextremisten verstärkt eine Ausweitung und Intensivierung ihrer Aktionen an. Politik und Wirtschaft sollen letztlich genötigt werden, aus der Atomtechnologie auszusteigen. Ziel der Autonomen sei aber eigentlich, das politische System der Bundesrepublik zu zerschlagen und eine ‘herrschaftsfreie" Gesellschaft zu errichten.

Von Januar bis August hat es nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz 417 Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem linksextremistischen Hintergrund gegeben. Nahezu die Hälfte davon sei im Rahmen des Vorgehens gegen den Castor-Transport verübt worden. In der Agitation autonomer anarchistischer Gruppierungen ist die zivile Nutzung der Kernenergie Ausdruck einer bestimmten Staatsräson, eines staatlichen Systems, das einzig darauf aus sei, Menschen zu beherrschen und auszubeuten. Die Autonomen - ihre Zahl wird auf rund 6 000 geschätzt - haben nach Feststellung des Verfassungsschutzes Konzepte für neue Widerstandsaktionen entworfen. Im Sinne einer ‘Vorfeld-Strategie" - also weit vor dem nächsten Castor-Transport - sollen unter dem Motto ‘NIX 3" Anschläge unterschiedlichster Art durchgeführt werden.

Zu den besonderen ‘Zielobjekten" gehören danach auch Firmen, die Atomkraftwerke herstellen, betreiben oder im Bereich der Atomforschung und der entsprechenden Technologie tätig sind. Genannt wurde dabei insbesondere Siemens. In dem Szeneblatt ‘Interim" heißt es, die gesamte ‘Struktur des Atomprogramms" müsse zum ‘Angriffspunkt" gemacht werden. So wird gefragt: Wie wäre es z.B. mit einer ‘Zerschlagen wir Siemens-Kampagne statt einem Siemens-Boykott?" Generell seien Firmen ausfindig zu machen, die ‘Handlanger" des Atomkapitals seien. Die ‘Atommafia" sei überall präsent und somit auch angreifbar. Als sehr gefährlich wird bezeichnet, daß es den militanten Linksextremisten offensichtlich gelungen ist, die Castor-Proteste der zahlreichen Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen für ihre Terrorakte zu mißbrauchen.

Die Autonomen stellen nach Ausführungen von Sicherheitsexperten immer mehr eine ernstzunehmende Gefahr für den inneren Frieden in der Bundesrepublik dar. Zu ihnen gehören nach den Beobachtungen des Verfassungsschutzes hauptsächlich die Gruppe der 18 bis 28jährigen. Sie seien meist Schüler, Auszubildende oder Studenten, die meist in Ausbildung oder Studium gescheitert seien. Der ‘übliche" Autonome jobbt gelegentlich oder ist arbeitslos und bezieht Sozialleistungen. Im Jargon wird das als ‘Staatsknete" tituliert. Zur Agitation und Mobilisierung setzen die Autonomen moderne Kommunikationstechniken wie Mail-Boxen ein. Das Mobilisierungspotential wird auf mehrere tausend Personen geschätzt. In Untergrund-Blättern werden detaillierte Anleitungen zum Umgang mit Sprengstoff gegeben. In einer neuen Szene-Zeitschrift ‘Der Wurfanker" wird genau beschrieben, wie die Anschläge auf die Bahnlinien ausgeführt werden sollen.



Solidarität um jeden Preis?

Diskussionsbeitrag zu Michael und Bernhard

Hallo ihr vom Westzipfel!
Angeregt durch euren Diskussionsbeitrag in der Interim vom 18.10.1996 Nr.393 und einer Stellungnahme der Soligruppe Hamburg vom 16.10.1996 möchte ich mich kritisch zu eurem Text äußern.
Estmal finde ich es toll, daß ihr die Solibewegung auffordert, ihr (unsolidarisches) Verhalten bzgl. Michael und Bernhard zu erklären. Jedoch erklärt ihr euer eigenes Verhalten im Text in keinster Weise. Dies hätte ich besonders interessant gefunden, da Bernhard in eurer Stadt politisch gearbeitet hat. Mir ist nicht klar, aus welchen Gründen ihr euch unsolidarisch verhaltet. Sind dies politische-, private-, oder personelle Gründe?
Das sich "die verschiedenen Angriffe (13.06.95, 26.02.96)....nicht isoliert voneinander betrachten" lassen, sehe ich differenzierter. Auch wenn die BAW versucht, die unterschiedlichen Politikansätze und Aktionsformen von Radikal, K.O.M.M.I.T.E.E. und AIZ zu verwischen, sollten wir die Unterschiede dieser Gruppen sehen und uns dementsprechend damit auseinandersetzen.
Eure Meinung, daß das Schreiben von Michael und Bernhard zur Ausstellung von Mumia Abu Jamal (in dem Bernhard sich und Michael als "muslimisch politische Gefangene" bezeichnet) herangezogen wird, um schon vorher vorhandenes unsolidarisches Verhalten zu legitimieren, trifft sicher zum Teil zu. Da ich aber im Gegensatz zu euch nicht denke, daß die Äußerung zur Ausstellung überbewertet wurde, fand ich es richtig Michael und Bernhard aufzufordern diese Aussage zu konkretisieren. Immerhin bestand die Möglichkeit, daß sich Michael und Bernhard auf rektionäre Gruppen innerhalb des Islams beziehen (wie auch geschehen). Anhand einer Stellungnahme der Soligruppe Hamburg dürfte wohl klar geworden sein, wie wichtig es war zu klären, worauf sich Michael und Bernhard beziehen. Basis der Stellungnahme waren verschiedene Briefkorrespondenzen zwischen der Soligruppe Hamburg, Michael und Bernhard. Aus diesen Briefen geht laut Hamburger Stellungnahme hervor, daß sich Michael und Bernhard auf reaktionäre islamische Gruppen beziehen. Die Soligruppe Hamburg äußert sich so:" Es sind Bernhards und Michaels Positionen und Vorstellungen, bei denen wir festgestellt haben.......daß beide teilweise auf der anderen Seite der Barrikade stehen". Die Konsequenzen, die die Soligruppe Hamburg gezogen hat, nämlich zum einen den beiden die Solidarität zu entziehen, zum anderen nicht zur Entsolidarisierung mit Michael und Bernhard aufzurufen, halte ich für eine richtige Entscheidung. Ihr unterstellt Leuten, die von den beiden zu ihrer Äußerung "muslimische politische Gefangene" eine Stellungnahme fordern, sie würden die Arbeit der BAW unterstützen. Dies halte ich gelinde gesagt für ziemlich daneben und der Diskussion wenig förderlich.
Das ihr aufgrund des Tatvorwurfs keine inhaltliche Auseinnandersetzung mit Michael und Bernhard führen wollt, kann ich nachvollziehen. Durch eure Schlußforderung jedoch, keine "inhaltliche Ausseinandersetzung" mit den beiden zu führen, entpolitisiert ihr die Gefangenen (evt. auch einen Prozeß). Daß ihr selbst dann noch eine Nicht-Auseinandersetzung fordert, als sich beide als "muslimisch politische Gefangene" bezeichnet haben, erweckt bei mir den Eindruck, daß für euch und euer Solidaritätsverständnis die politische Identität von Gefangenen keine große Rolle spielt
Dies verwundert umsomehr, da (wie ihr ja selbst schreibt) die beiden ausdrücklich eine inhaltliche Auseinandersetzung führen wollen. Damit nehmt ihr Michael und Bernhard nicht ernst. Zudem erklärt ihr die beiden für "unzurechnungsfähig" wenn ihr sagt, daß die Gefangenen aufgrund ihres eingeknastet sein die Lage nicht einschätzen können. Für mich war es trotz schon längerem Szenedasein ganz neu, daß eine inhaltliche Auseinandersetzung mit "linken" politischen Gefangenen unterbunden werden soll. Da es sich bei politischen Prozessen meist um Gesinnungsprozesse handelt, ist mir nicht klar, warum ihr Bernhard, Michael und ander Leute, die sich mit ihnen auseinandersetzen wollen, einen Maulkorb verpaßt.
Abschließend möchte ich noch einige Gedanken bzgl. des Vorwurfs der Mitgliedschaft in der AIZ zur Diskussion stellen. Da ich weder mit Zielen, Durchführungen noch der inhaltlichen Ausrichtung der AIZ Politik/Aktionen übereinstimme, entfällt für mich ein wichtiger Punkt an dem ich mich solidarisch verhalten könnte. Sicherlich ist es falsch "linken" politischen Angeklagten, aufgrund des Vorwurfs den die BAW ihnen macht, die Solidarität zu entziehen. Ich denke aber, daß es Tatvorwürfe gibt, bei denen wir durch politische Auseinandersetzungen selber entscheiden müßen, inwieweit Beschuldigte etwas mit radikaler linker Politik zu tun haben. Wir sollten nicht der BAW, dem BKA, usw. das Definitionsrecht darüber lassen, was linke Politik ist und was nicht. Damit will ich nicht eine Verantwortung abgeben, die die Linke hat, wenn sich Gruppen auf irgendwelche "linken" Politikansätze beziehen. Wenn ich von politische Auseinandersetzungen spreche heißt das für mich nicht, daß Angeklagte Aussagen bzgl. des Tatvorwurfs machen sollen. Stattdessen muß durch Auseinandersetzungen mit ihnen ihre politische Identität transparent werden.

Tigerente, 30.10.96

Soligruppe Hamburg zum Umgang mit Bernhard und Michael

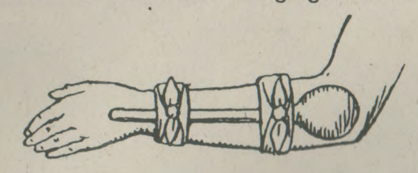
Unser generelles Verhältnis zu AIZ-Beschuldigten

Als Soligruppe Hamburg vertreten wir folgende Position zum Umgang mit den AIZ-Beschuldigten:
Alle Genossinnen und Genossen, die vom Staat verfolgt werden, müssen die Möglichkeit haben, nichts zu den Vorwürfen zu sagen. Dies schließt ein, daß es in der „Scene" keine Forderungen an Gefangene bzw. Beschuldigte geben darf, sich zu Vorwürfen der BAW zu äußern. Es kann nicht sein, daß wir uns durch die BAW Diskussionen aufzwingen lassen. Solidarität mit Genossinnen und Genossen aus der Linken ist nur dann eine Waffe, wenn sie ohne Wenn und Aber und breit verstanden wird. Im Kampf gegen Repression ist es notwendig, Trennendes stärker außer acht zu lassen, als es z.B. bei politischen Initiativen der Fall ist. Sind wir immer nur mit denen solidarisch, mit denen wir exakt auf einer Linie liegen, die uns besonders sympathisch sind etc., und entziehen wir denjenigen die Solidarität, die anders mit Fragen und Praxis umgehen, als wir selbst, dann verliert das Wort Solidarität seine Bedeutung.
Es gibt keinen Grund, diesen Grundsatz in Bezug auf die AIZ außer kraft zu setzen. Um die AIZ hat es vor dem 13.06.95 relativ wenig Auseinandersetzung gegeben. Es gab keine breite „Scenediskussion", in der festgestellt wurde, die AIZ sei kein Bestandteil der Linken. Die AIZ wurde von der BAW als linke Gruppe verfolgt. Innerhalb der Solidaritätsstrukturen und in der Antirepressionsarbeit lehnen wir eine „AIZ-Diskussion" ab, da von der BAW Fakten gesetzt wurden und werden, die es unmöglich machen, eine unbefangene politische Auseinandersetzung zu führen.

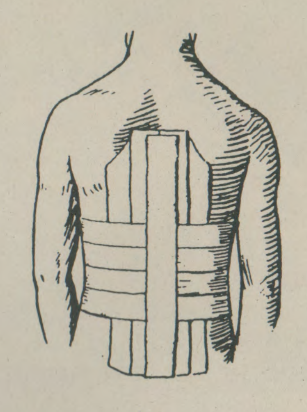


Unser konkreter Umgang mit Bernhard und Michael

Unser Umgang mit Bernhard und Michael war gekennzeichnet von den oben genannten Grundsätzen. Das heißt also, daß wir sie in unsere Solidaritätsarbeit mit einbezogen haben, obwohl wir keine politische Geschichte mit ihnen haben und wir sie vor dem 13.06. auch nicht kannten. Dies und die Tatsache, daß unser grundsätzlicher Solidaritätsbegriff in Teilen der Scene auf Widerstand stieß, machte es schwierig, Aktivitäten zu entwickeln.
Mit der Grußadresse von Bernhard an die Mumia-Ausstellung, in der er sich und Michael als muslimische politische Gefangene bezeichnete, stellten sich für uns Fragen, die wir für eine weitere politische Solidaritätsarbeit klären mußten. In den BRD-Medien werden islamische Bewegungen generell als Feindbild aufgebaut. Islamisch ist gleich fundamentalistisch und dies ist wiederum gleich mit „terroristisch" wird als rassistisches Denkmuster in die Köpfe getrichtert. Dies hat auch Auswirkunken auf die BRD-Linke. Deshalb ist es uns wichtig klarzustellen, daß wir nicht nach der Methode vorgegangen sind, alles islamische zu verteufeln. Vor dem Hintergrund, daß wir keine Experten in diesen Fragen sind, fanden wir es wichtig, die Gefangenen genauer zu fragen, was sie mit ihren Äußerungen meinen und auf welche Kräfte der islamischen Bewegungen sie sich



beziehen. Wir wollen nicht ausschließen, daß es innerhalb der islamischen Bewegungen auch fortschrittliche Kräfte gibt (u.U. vergleichbar mit den Befreiungstheologen in Lateinamerika). Wir haben den Gefangenen deutlich gemacht, daß von der Beantwortung unserer Fragen das Wie und Ob unserer weiteren Solidaritätsarbeit abhängt und daß für uns ein Bezug auf reaktionäre islamische Bewegungen ein Grund ist, unsere Solidarität zu entziehen.
Von Bernhard haben wir einen Brief, der nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist, erhalten. Deshalb beziehen wir uns nur auf einige Positionen aus seinem Brief. Bernhard bezieht sich in seinem Brief ausdrücklich positiv auf regierungstreue iranische Gruppierungen. Diese Bezugnahme erfolgt sowohl geschichtlich wie auch aktuell. So beschreibt er, daß er nach 1986 mit regierungstreuen iranischen Studentengruppen zusammengearbeitet hat. Diese Gruppen stehen für die Bekämpfung von fortschrittlichen Kräften im Iran und iranisch Kurdistan. Auch in der BRD wurden durch sie zahlreiche Überfälle auf iranische Oppositionsgruppen durchgeführt. Das iranische System steht für die brutale Unterdrükkung jeglicher Opposition. Es stellt eine reaktionäre Form des Islam dar, die sich insbesondere in der Unterdrückung der Frauen und durch Aufstandsbekämpfung hervortut.
Aktuell werden Bernhard und Michael vom islamischen Zentrum Hamburg betreut. Dieses Zentrum, in dem auch die Union



islamischer Studentenvereine organisiert ist, die das direkte Sprachrohr des iranischen Staates ist, stellt für uns auch eine reaktionäre Ausrichtung des Islam dar. Inzwischen ist uns auch der positive Bezug von Bernhard und Michael auf reaktionäre Gruppen in Palästina, Algerien und der Türkei bekannt.

Daß sich Bernhard und Michael in einen Zusammenhang mit diesen Kräften stellen, entzieht für uns, auch vor dem fehlenden Hintergrund einer fehlenden politischen oder persönlichen Geschichte mit beiden, einer politischen Solidarität jeglichen Boden.

Das bedeutet konkret, daß wir uns in Zukunft darauf beschränken werden, ihre Haftbedingungen und den Stand der Verfahren öffentlich zu machen.
Der Bruch mit Bernhard und Michael findet nicht aufgrund der Vorwürfe der BAW gegen die beiden statt, sondern trotz der Tatsache, daß sie vom Staat als Linke verfolgt werden. Unsere Solidarität gilt weiterhin denen, die von der BAW mit AIZ-Vorwürfen bedroht werden.
Es sind Bernhards und Michaels Positionen und Vorstellungen, bei denen wir festgestellt haben, daß es keine Gemeinsamkeiten gibt und daß beide teilweise auf der anderen Seite der Barrikade stehen, die uns dazu gebracht haben, unsere Solidarität zu entziehen.

Soligruppe Hamburg, 16.10.96

DEUTSCHLAND VERRECKE - ABER NICHT SO !



Seit nunmehr sieben Wochen macht ein Großaufgebot der Polizei aus dem Raum Erfurt / Gotha / Arnstadt / Ilmenau den lieblichen Wald "Bettelmannsholz" zwischen Görbitzhausen und Branchewinda (kurz vor Beginn des Thüringer Waldes) unsicher und stört jäh die friedliche Waldes- und BesetzerInnenruh, um auch diesen entlegenen Winkel wieder mit der zum Leben notwendigen Sicherheit und Ordnung zu beglücken. Anlaß dieser Notstandsmaßnahme war nicht etwa, wie zunäxt von den dort ansässigen naiv-kindlichen arbeitsscheuen BaumbesetzerInnen, in ihrem Profil-neurotischen, bolschewistisch-indoktrinierten Wahn angenommen, ein exemplarischer betonierungswütiger Generalangriff des deutsch-europäischen Großkapitals auf jegliches Leben in der Region bzw. die Vorbereitung des mörderischen Kettensägenmassakers. Nein, vielmehr ging es um eine routinierte gewöhnliche Polizeimaßnahme anläßlich der Verstöße gegen Bauordnungs-, Eigentums-, Wald- und Naturschutzgesetze und der Verletzung existenzieller ethischer und moralischer Grundwerte durch diesen bunten zusammengewürfelten stinkigen Haufen von ca. 20 ungewaschenen orientierungslosen Jugendlichen (zwischen 17 und 23 Jahren) aus dem gesamten Bundesgebiet.

Die Tatsache, daß wir in ständig wechselnder Größenordnung uns dieses kleine wunderschöne Wäldchen, daß zuerst auf der Abschußliste der Betonköppe bzw. des Baus der geplanten Thüringer Waldautobahn A71/73 und ICE-Strecke steht, für unser wildes Hausen auf den Bäumen und unsere Aktion ausgesucht haben und wir in unserem Widerstandspotential von den HERRschenden in einem Maße überschätzt wurden, daß sich in der Dimension von "Startbahn West" bewegt (schön wärs), macht solch völlig überzogen erscheinende Maßnahmen vor dem Hintergrund der handfesten Profitinteressen, gemäß der beHerrschenden Logik, konsequenter Weise notwendig. Nun ja, leider bestehen hier (noch) keine Verhältnisse wie einst auf der Startbahn West, auch wenn ein lokales Sensationsblatt und die Schergen den Mythos der hemmungslosen Massengewalt gern zur Rechtfertigung ihrer glanzvollen militärischen Operationen mißbrauchen. Dazu kommt, daß die hier von uns erfahrene Unterstützung (zumindest materielle) durch die ansässige Bevölkerung und das breite Spektrum von gemäßigten BürgerInnen, verschiedenen Ökogruppen bis hin zu regionalen Autonomen, die alle den AutobahnbauerInnen wohl gerne kräftig in die Suppe spucken würden bzw. vom gesamten Staat die Backen dick haben, was uns völlig überrascht und berauscht hat (warning: straight edge revenge!) und schon auf einiges hoffen läßt. Jedoch will dat Ganze trotz dieses Potentials guten Willens unbegrenzter Möglichkeiten und zahlreicher witziger Ideen nicht so richtig flutschen,fehlt es an Durchsetzungskraft und kommen die noch etwas trägen, vom Konsum eingelullten, revolutionären Massen nicht in Schwung oder zu uns - sind wir einfach zu wenige (Kleiner bescheidener Wink mit der Leitplanke ...).

Die Thüringer Waldautobahn ist mit 24 Millionen Mark pro Kilometer, insgesamt über 6 Milliarden Mark, die mit Abstand teuerste Straße, die je in Deutschland gebaut wurde, eine teilweise 130 Meter breite und allein in Thüringen 164 Kilometer lange Todeszone, für die 1140 Hektar Land und Wald zu betoniert und 160 Brücken und Tunnel errichtet werden. Die entstehenden Schäden für Mensch und Natur durch den Bau (Zerstörung wichtiger Lebensräume und Strukturen), die durch automatische Potenzierung des Verkehrsaufkommens gesteigerten Schadstoffemmissionsraten und die Zerschlagung der regionalen Wirtschaft (z.B. sind die vielfach versprochenen Arbeitsplätze beim Autobahnbau bisher an westdeutsche ArbeiterInnen vergeben), durch den vereinfachten und billigen Zugriff auf regionale - weltweite - Rohstoff- und Absatzmärkte, durch westeuropäische Großkonzerne sind von absoluter Dauer und nicht wieder gut zu machen.

Nachdem wir Ende September mit dem Bau eines Baumhüttendorfes begonnen hatten und nach zwei Tagen unermüdlichen Plattformbauens und Walkway-(Seilbrücken) Spannens wurden wir von ca. 60 Cops und einem behelmten, vermummten Anti-Terror-Kletter-SEK aus Erfurt fachmännisch und selbstsicher von Bäumen und Boden geräumt, der Wald abgesichert und durchkämmt und unsere gesamte Ausrüstung beschlagnahmt und mit uns zur nächsten Kaserne verfrachtet wurde, wo uns faschistische Sprüche, männliches Macker-Gehabe, sieben Stunden Knast und ED-Mißhandlung brechen sollten. Stattdessen gabs am nächsten Tag gleich ne Spontandemo gegen die Räumung in Arnstadt und etwas später noch eine laute und bunte Demo mit über dreihundert Leuten in Erfurt gegen die Autobahn und ICE. Eine gut geplante Baustellenblockade mit zwanzig hungrigen AktivistInnen scheiterte an der Abstinenz der BauarbeiterInnen, die einfach blau gemacht hatten.

WALDPIRATINNEN

Unterdessen begannen die Vorbereitungen für eine erneute wirksamere Besetzung wofür Netze und Hängematten angefertigt und individuelle Einsatzausrüstungen zusammengestellt wurden um paramilitärisch am 8.10. um vier Uhr morgens mit einer zehn Mensch starken Öko-Guerilla-Truppe professionell durch den schlammigen aufgeweichten Wald zu robben, der inzwischen ständig von den Büttel bewacht und gesichert wurde (tief den archaischen Boden- und Schweißgeruch inhalierend), Wir versuchten die Bäume zu erklimmen, spannten Netze, Transpis und Walkways, was angesichts des sintflutartigen Regens bis in den späten Vormittag hinein dauerte - gerade noch zur linken Zeit, da die anrückende Mediengewalt in Form von Presse, Funk und Fernsehen schon gierig einer heißen Story entgegensabberte. Die äußerst großzügigen himmlischen Ergüsse führten dazu, daß wir nach zwei Stunden samt kompletter Ausrüstung völlig durchnäßt und entkräftet waren, kaum noch Perspektive für etwas Trockenheit sahen und deshalb einige wieder runter gingen, sich zum Bodentrupp formierten und die fünf verbliebenen Menschen fortan versorgten.
So begann eine ca. 4 Wochen dauernde Besetzung von zwei wunderschönen alten Buchen, auf denen wir mit unseren Netzen, Planen und irre viel Krimskrams sehr komfortabel hockten, eine Zeit, die wir alle als sehr intensiv und erlebnisreich empfanden, da wir die Bäume ganz anders wahrnahmen und ein starkes Verhältnis zu ihnen aufbauten (esoterisch-ökofaschistische Nachtigall, ick hör dir trapsen ...). Angesichts der vielen verschiedenen aufgeschlossenen BesucherInnen am Boden und auf den Bäumen und der oft nervenden und billig rumposenden, doch meist belustigende Exekutivpräsenz, die rund um die Uhr aufpaßten, daß uns und dem Wald nix geschieht, wurde uns nie langweilig, hätten wir uns und dem Wald eher etwas Ruhe gewünscht.

Doch stattdessen rückten nach einer Woche wieder die Bonzenknechte - Cops, SEK und Holzfäller - an, um ihren mörderischen Auftrag, die Hinrichtung von unzähligen Bäumen und (somit) Tieren, willenlos zu vollziehen bzw. sie zu beschützen. Geräumt wurde nicht, dazu waren wir, in zwanzig bis dreißig Meter Höhe befindlich, wohl zu hoch und zu ungefährlich, jedoch wurden einige Bäume von unseren Seilverbindungen "befreit" und der Boden geräumt, damit die Roboter ungestört killen konnten, um das lästige Hindernis vor der freien Fahrt des umjubelten Aufschwungs Ost zu beseitigen. So mußten wir völlig ohnmächtig, entsetzt und wütend diesen unfaßbaren Zerstörungsakt tatenlos gegenüberstehen und konnten natürlich auch nicht mit Schreien und Werfen von allen möglichen Gegenständen irgendetwas wirksam verhindern oder verzögern, so daß am Abend eine fertige dreißig Meter breite Schneise in den Wald geschlagen war. Die folgenden Tage vollendeten die Lakaien ihr prächtiges Werk mit Baggern, Raupen, Walzen und Häckselmaschinen, den Rest beseitigend und alles in eine als Baustraße genutzte leblose Wüste verwandelnd - untermalt vom gegenseitigen euphorischen Schulterklopfen bei den Verantwortlichen in Einsatzleitung, Politik und Wirtschaft.



Eine siebenstündige Baustellenblockade, bei der sich zwei Menschen an einen Bagger anketteten und somit den gesamten Baubetrieb lahmlegten, wurde mit einer erneuten Räumung des Bodencamps und Verhaftung aller dort befindlichen Leute inklusive ED-Mißhandlung und Knastaufenthalt durch eine halbe Bereitschaftshundertschaft plus SEK beantwortet.
Als wir wieder begannen mehr Bäume zu vernetzen und Baumhütten zu bauen lief wohl der DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH) der kalte Angstschweiß in ihre fetten Nackenfalten, daß eine erneute, endgültige Räumung zur völligen Zerschlagung unseres Widerstandes angeordnet wurde. Zu dem Zeitpunkt befanden sich leider nur fünf Menschen auf den Bäumen. Die Übrigen auf dem Boden befindlichen subversiven Elemente verließen angesichts des Großaufgebotes schleunigst den Wald, so daß sich das SEK nur auf einen Baum stürzen bzw. klettern mußte, auf den sich drei Menschen in den Wipfeln mit Bügelschlössern um den Hals am Baum angekettet hatten und wild auf die kletternden SEK's und Betonklötze-staunenden Büttel am Boden faule Joghurts aus dem Container, Kompost, abgestandene Pisse und allerlei Ekelkrams schmissen, so daß die allgemeine (Kampf-) Stimmung immer euphorischer wurde. Zwei Menschen hatten sich zusätzlich mit ihren Armen durch ein Metallrohr um den Baum aneinandergekettet, weshalb den ratlosen Cops nur noch die feige Möglichkeit blieb an den Armen rumzureißen und Decken, Klamotten und Proviant runterzuschmeißen. Deswegen verließen die beiden total entkräftet und frierend in der Nacht freiwillig den Baum, jeder Durchhaltemöglichkeit beraubt (inzwischen war eine Flutlichtanlage angekarrt worden). Zwei andere Menschen auf einen entfernteren Baum verließen später ihren Protestort, da sie einfach ausgehungert wurden und außerdem weder Schlafplatz, Decken oder Proviant besaßen. Zurück blieb im entlegensten Winkel des Baumes in dreißig Meter ein Mensch, der noch zwei Decken und einen Eimer voll Scheiße bei sich hatte, und somit (zusätzlich durch die dünnen Äste geschützt) ein erhebliches Räumungsrisiko darstellte und die schon ziemlich verschmierten, angenervten SEK-Schergen zusätzlich mit den gesammelten Exkrementen

einer Woche versorgte, womit sich der Haß aber auch die Angst vorm Näherkommen deutlich sichtbar steigerte. Der persönliche Ekel war offensichtlich stärker als die Folgsamkeit gegenüber dem Einsatzbefehl, weswegen sich die starken Kletterhelden damit begnügten, die Baumhütten zu zerstören und dabei mit dem Beil kräftig in den Baum schlugen, was ihn noch einmal eine volle Eimerladung und zusätzlich einen kompletten Blaseninhalt Urin bescherte, was auch zur positiven Atmosphäre beitrug. Somit blieb ein Mensch oben, enttäuscht über die frühzeitige Aufgabe der Schergen und wurde nach drei Tagen und drei Nächten,in denen er am Schluß doch noch gut versorgt worde, abgelöst (zwischendurch war eine halbe Hundertschaft, die zur Bewachung des besetzten Baumes strammstand, nicht in der Lage, den Besuch eines zweiten Kletterers zu verhindern...).



Als nach einer weiteren Woche wieder Menschen den Baum einfach rauf und runter gingen und wieder mehrere Netze hingen, waren die ohnehin entnervten Betonköppe völlig sauer und schickten noch einmal das SEK, das alles absperrte und ungehindert zum Leben notwendige Sachen runterwarf, so daß die verbliebene Person "freiwillig" und angestresst den Baum vorläufig verließ.

Somit kann die DEGES nun ihren Erfolg mit den Wirtschaftsbossen freudig-taumelnd begiessen, stehen sie doch mit der vorläufigen Beseitigung des Protestcamps, der Beschlagnahmung unserer kompletten Ausrüstung (gespendetes Bauholz für fünf Hüttendörfer, Unmengen an Werkzeux, Seilen, Kletterkrams, u.s.w.) und drohender, einschüchternder Kriminalisierung, außerdem einer fertigen Baustrasse, auf der die weiteren Bauarbeiten und Transporte zügig vorangehen, zunäxt auf der SiegerInnenseite. Die hier angewendeten Maßnahmen und die Repression kann als exemplarisch für das skrupellose Großmachtstreben eines kapitalistischen Staates wie Deutschland begriffen werden, der auf dem Weg zum alles kontrollierenden und einebnenden Wirtschafts- und Militärriesen über Leichen geht und nicht die geringste Gegenwehr dulden kann, womit dieses Vorgehen eindeutig im Zusammenhang mit allen staatlichen Angriffen auf jeglichen Widerstand steht Zudem verdeutlicht dies die HERRschende Willkürjustiz, die sich den Profitinteressen beliebig beugt und die Folgsamkeit der Marionetten in der Politischen Führung, die der Großindustrie (z.B. den Automobil- Mineralöl und Baukonzernen) willig den Speichel lecken, um ihnen ungestört den kompletten Zugriff auf Mensch, Tier und Natur, bzw. deren Unterdrückung und Ausbeutung zu ermöglichen - jeglicher Vernunft und jeglichem Gefühl verschlossen.

Denn klar ist: Verkehrspolitik ist Wirtschaftspolitik und somit Staatspolitik, die auf dem Rücken der Menschen, Tiere und der Natur in dieser Region und überall ausgetragen wird, ihre fundamentalsten Rechte mit Füssen tritt und sich zum HERRgott über jegliches Leben macht. (Obacht aufgeweckteR ÖkoLinx-KämpferIn, hier kannst Du vielleicht reinschlagen / läßt sich eventuell was draus basteln...)

Der Fetisch Auto (Für die einen ist es AUTO, für die anderen die vielleicht verHEERendste Waffe der Welt) - dem allerorts kriecherisch gehuldigt wird ist aufgrund seines enormen Absatzpotentials und seiner Prestigefähigkeit zur unerläßlichen Machtfrage geworden (Die Automobilindustrie stellt weltweit den zweitgrößten Wirtschaftssektor dar und dient als Indikator für Fortschritt, Entwicklung und Wohlstand). Gleichzeitig stellen Autos, bzw. KFZ-Verkehr, die wohl größte Gefahr für jegliches Leben auf dem Planeten dar, sowohl von den Folgen - Emissionen (über 50% der weltweiten Luftverschmutzung,erheblichster Anteil an Trinkwasser- und Bodenverseuchung,Ozonloch und Treibhauseffekt) ,Zerstörung/Zerschneidung von Lebensräumen, als auch von der direkten Gefahr her (weit mehr als eine Million Menschen und Milliarden Tiere sterben jährlich bei Autounfällen). Hinzu kommen die direkten und nachhaltigen Auswirkungen durch Ölförderung (z.B. von Shell in Nigeria), des Straßenbaus und der Autoproduktion (z.B. VW im brasilianischen Regenwald) und ihre (auch wirtschaftlichen) Folgen auf Menschen (vornehmlich im Trikont) Tiere, Bäume, Grundwasser, Boden, Luft, ...

Doch dies zählt nix, da Straßen gemäß kapitalistischer Logik ungemein ökonomisch sind, d.h. der Optimierung der Transportwege von und zu den Märkten dienen, um die Kapitalverwertung operativ-global zu sichern und zentralistische Machtmonopole zu festigen - notfalls auch mit Eingreiftruppen !

Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, die demagogisch als Verkehrsstrukturelle Erschließung des Territoriums der Ex-DDR propagiert werden, dienen in Wirklichkeit nur der profitorientierten Expansion gen Osten. Kein Wunder, wenn mensch bedenkt, daß die Deutsche Bank als größte Einflußnehmerin auf über 400 multinationale Großunternehmen (z.B. Mercedes-Benz, VW, Siemens, Bayer, Bau- und Filmindustrie) und die gesamte deutsch-europäische Wirtschaft und Politik, sowie als Hauptinvestorin im Ostblock (mit 75% Anteil und jährlichem Umsatz von über 500 Milliarden DM) wieder einmal hinter allem steckt. Im Zuge eines

"starken, vereinten Europas" mit prognostiziertem (produziertem) 60%igem Anstieg des Verkehrsaufkommens bis 2010 und 126 neuen festgelegten Straßen im Rahmen des TEN (Trans-Europäisches-Netzwerk) will sie ihre favorisierte Machtposition natürlich potenzieren - am Ende bleibt ein ausgeplünderter, verseuchter, zubetonierter und lebloser Planet, wenn nicht - ja wenn...

In der herrschenden Verkehrspolitik spiegeln sich außerdem alle gesellschaftlichen Widersprüche wieder, bzw. verfestigen sich, da hier die Mobilität natürlich wieder nur Eliten vorbehalten ist, ohnehin entrechtete und diskriminierte Gruppen und Lebewesen unter den Tisch fallen, bzw. diese Privilegien auf Kosten der Mehrheit gehen. Die Tatsache, daß z.Z. 50% der Deutschen ein Auto haben, spricht einerseits für die unglaubliche Habgier und Versschwendungssucht dieser dekadenten Gesellschaft und verdeutlicht andererseits die realen Ausbeutungs und Unterdrückungsverhältnisse, da hauptsächlich weiße, wohlhabende Männer autofahren, sich 80% der weltweit vorhandenen Autos in den Industriestaaten befinden und dabei wieder einmal Frauen, Alte ,Kinder, Behinderte, Arbeits- und Obdachlose, MigrantInnen, etc. das Nachsehen haben, von den unzähligen Pflanzen und Tieren, die dabei draufgehen einmal ganz zu schweigen. Zudem wird durch den nationalistischen Konsens im Baugewerbe, bei dem der "Standort Deuschland" durch das "Entsendegesetz" das vorgeblich größere Recht der deutschen BauarbeiterInnen auf Arbeit sichern und so entsolidarisieren soll, wodurch u.a. ein latenter Rassismus produziert werden kann. Jedoch kann die Forderung nach "Gerechtigkeit" wohl weder "Autos und Wohlstand für alle", noch "Arbeit für alle - gebt den Menschen einen Lebenssinn" heißen, da uns diese Autos und dieser Wohlstand schließlich alle umbringen würden (bzw. es schon tun), weswegen eine wirklich solidarische und wirksame Veränderung nur durch den Kampf für eine herrschaftslose, also autofreie, dezentrale Gesellschaft erreicht werden kann.

So gesehen ist unser Widerstand nicht explizit auf die Verhinderung dieser Verkehrsprojekte, bzw. eine indifferente "Verkehrswende jetzt!"- Haltung zurückzuführen und dient nicht nur dem Schutz der Menschen, Tiere und Bäume dieser Region, sondern reiht sich ein in Kämpfe für eine radikale Veränderung der herrschenden Verhältnisse, mit dem Ziel einer wirklich herrschaftsfreien Welt (ohne Beton und Autos), in der Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung, sowie Solidarität untereinander und zu allen Lebewesen mehr zählen als die Verwertungsinteressen und nicht zu rechtfertigenden Konsum- und Machtansprüche irgendeiner dekadenten Gesellschaftsgruppe. Bei der Entwicklung einer solchen politischen Forderung und deren Umsetzung braucht es vor allem persönliches, konsequentes Infragestellen von sich und alten Ansätzen und eben auch eine solidarische, konstruktive Kritik (und solch einen Umgang)untereinander für die notwendigen Diskussionsprozesse. Bei der Formulierung eines nicht-konformen, nicht-etablierten, nicht-menschlichen Bedürfnisses, bringt ein voreiliges an-den-PC-Pranger-Gestelle keineN weiter, sondern verhindert lediglich eine weiterführende Diskussion. Deshalb ist auch ein solch übel diffamierendes, autoritäres und oberflächliches Profilierungsgeplärre, wie es einige Leute, u.a. bei der Öko"besonders"Linx gerne tun, völlig verfehlt und überflüssig.Eine wichtige Frage lautet hierbei bestimmt : Wer fordert was und weswegen ?

Allerdings zeigen die völlig unverhältnismäßigen Reaktionen des Staates auf unsere kleinen Aktionen auch seine Angst und Schwäche gegenüber phantasievollen Protestformen und der Möglichkeit einer zunehmenden Solidarisierung durch die örtliche, betroffene Bevölkerung, die zunehmend ihren Unmut über das "wahre" Gesicht der Deutschen Einheit äußert und die Obrigkeit des Staates in Frage stellt. Womöglich ist die Reaktion ein Präventivschlag gegen eine potentielle "Massenprotestbewegung", die auf Dauer, von solchen Aktionen und Hüttendörfern angeregt, entstehen könnte, weswegen die Herschenden wohl schon kräftig ins Schwitzen kamen (Achtung, Wunschdenken!).

Unser Traum bleibt ein Baumhüttendorf, auch zum gemeinsamen Leben, ein engagierter, vielseitiger, kräftiger und Bunter Widerstand, frei von jeglichen Hierarchien, Dogmen und der Geltungssucht irgendwelcher altkluger Mackertypen.

Nicht zuletzt aufgrund fast ausnahmslos positiver Reaktionen, u.a. durch gute Presse, sind wir motiviert und entschlossen, weiterzumachen, die schönen Erfahrungen weiterzuverarbeiten, unsere Träume zu leben und die Betonköppe bis zur Herzattacke zu nerven. Also kommt zu Hauf, bleibt, baut, blockiert und sabotiert - laßt uns die Bonzen und Schergen erschrecken und aus dem Wald jagen!

Über Besuche, Unterstützung und Spenden freuen wir uns ganz doll, bzw. sind unter Umständen schon irgendwie eventuell ein bisschen darauf angewiesen.

Liebesgrüsse an die drei anderen kämpfenden, wunderhübschen Hüttendörfer, an der A33, in Dissen und Ostbarthausen und an der A20, in Breechen bei Greifswald. Wut & Power !

Euer Geld könnt ihr hier loswerden: Raiffeisenbank Arnstadt, Kontonr. 5732263 - BLZ 82064128
Kontakt und nähere Infos erhaltet Ihr über :
c/o Gruber, Mozartstr. 5, 99310 Arnstadt - 0171 / 8234846 oder 03628 / 47791

Die WaldpiratInnen

Zwei Mitarbeiter des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz haben am 4.11.96 versucht, einen jungen Menschen aus der linken Szene als Spitzel anzuwerben. (siehe auch AND Nr.5) Sie haben X gezielt zu Hause aufgesucht und ihm dabei deutlich gemacht, daß sie einiges über ihn wissen. Den VS-Beamten ging es bei ihrem Anwerbeversuch vor allem um Informationen über den Info-Laden Dresden. Offenbar hatten die VS-Leute gehofft, X unter Druck setzen zu können, denn dieser hat seit der Radikal-Razzia, letzten Dezember im alten Schlagloch, ein 129 a-Verfahren (Unterstützung und Werbung für eine terroristische Vereinigung) am Hals. X war seinerzeit im Schlagloch Angestellter der Diakonie.
Im folgenden veröffentlichen wir auszugsweise das Gedächtnisprotokoll von X zu diesem Anwerbeversuch:

(an der Wohnungstür)
VS: Guten Tag. Wir wollen zu Herrn X.
X: Das bin ich.
VS: Wir kommen vom Verfassungsschutz (zeigen Ausweis) und wollen uns gern mit ihnen unterhalten (die beiden VS-Leute wollen in die Wohnung, X bleibt jedoch in der Tür stehen). Erschrecken Sie nicht, wir haben nichts mit der Polizei zu tun. Uns interessiert nur, wie der Info-Laden funktioniert. Sie brauchen wirklich keine Angst zu haben, das hat nichts mit ihrem Verfahren zu tun.
X: Da kann ich ihnen nicht helfen, ich habe nichts mehr mit dem Info-Laden zu tun.
VS: (verdutzt) Sie arbeiten doch dort?
X: Ich bin seit längerer Zeit arbeitslos.
VS: Wurden Sie wegen der Durchsuchung gekündigt?
X: Es stand schon vor dieser Geschichte fest, daß ich dort aufhöre.
...
VS: Es wäre doch aber nicht schlimm, beziehungsweise wäre es doch immer noch möglich, sich im Info-Laden einzuklinken. Uns interessiert, wie er funktioniert, ob es irgendwelche Tendenzen in Richtung Terrorismus und Gewaltakte gibt. Wenn wir wissen, daß es nicht in diese Richtung geht, interessiert uns der Info-Laden nicht mehr, jedenfalls für die nächsten 2 bis 3 Jahre. Was dann ist, wissen wir natürlich auch nicht. Könnten Sie sich das vorstellen?
X: Ich glaube nicht!
VS: Warum nicht?...Wenn Sie hier ablehnen, haben sie nichts zu befürchten. Wir würden dann gehen und uns nie wieder sehen...Haben Sie nicht Angst, daß sich dort irgendwelche Terroristen treffen, die die Idee des Ladens kaputt machen?
X: Das zählt zu meiner Vergangenheit, damit will ich nichts mehr zu tun haben!
VS: Wir könnten uns vielleicht besser unterhalten, wenn wir es ein wenig gemütlicher haben. Wollen wir nicht rein gehen?
X: Nein!
VS: Das möchten Sie also nicht. Akzeptieren wir. Wie wäre es, wenn wir uns nicht ein anderes Mal treffen würden?...Ich verstehe nicht ganz, daß Sie aufgehört haben, diesen Beruf auszuüben. Ich muß nun ganz ehrlich sagen, ich habe mich mit ihnen schon länger beschäftigt und mich wunderts bei ihrem Aussehen, daß Sie diesen Job nicht weiter machen. Er hat ihnen doch Spaß gemacht?
X: Ja, doch, aber ich habe keinen Bock mehr auf diesen Job.
...
VS: Wollen Sie nicht doch auf unser Angebot eingehen? Es hat wirklich nichts mit der Polizei zu tun und auch keinen Einfluß auf ihr Verfahren.
...
VS: Haben Sie Interesse, beziehungsweise können Sie sich das (Spitzeltätigkeit d.Red.) vorstellen?
X: Nein!
VS: Wir machen ihnen einen Vorschlag, wir schicken ihnen einen VS-Bericht zu, natürlich in einem neutralen Umschlag, und Sie überlegen sich das mal ganz in Ruhe. Dann, wenn Sie Interesse haben, rufen Sie an, die Nummer steht in jedem Telefonbuch...Mein Name ist Schormann, oder wir kommen einfach nochmal vorbei. Wir können natürlich nicht sagen wann, sonst stellen Sie uns eine Falle und fotografieren uns. Uns ist viel daran gelegen, mit ihnen ganz in Ruhe zu sprechen. Wir haben nun keine Ahnung vom Info-Laden und wenn wir Sie hier ruppig angehen würden, würde das uns und ihnen nichts bringen. Also, wir würden uns freuen, wenn Sie sich melden würden, ansonsten kommen wir noch einmal vorbei...



















Berlin, den 16.11.1996

Betr.: Kleinanzeige / ZeugInnen gesucht

Guten Tag,

ich bitte um Abdruck folgender Anzeige:

Wer hat am 3.11.1996 während der Abschlußkundgebung der Häuserdemo am Kottbusser Tor gegen 16.45 Uhr eine Frau, Anfang 20, 1,74 m, zwei Nasenringe, graue Kapuze, Tarnjacke, schwarz-weißes PLO-Tuch, schwarze Jeans auf der Treppe des U-Bahneingangs bei Kaiser's stehend (3./4.Stufe) beobachtet, bis die Polizei in diesen U-Bahneingang hineinstürmte?
ZeugInnen bitte melden bei: Rechtsanwältin Silke Studzinsky, Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin, Tel.:6918011.

Umverteilen! Mehringdamm 50 D-10961 Berlin

Umverteilen !

Stiftung für eine, solidarische Welt

Mehringdamm 50
D-10961 Berlin
Telefon 030/785 98 44
Telefax 030/786 52 24

Datum November 1996

Projekt Villa Courage

Liebe Unterstützerinnen der Villa Courage,

in einer bei uns eingegangenen Solidaritätsadresse fordert Ihr die Stiftung UMVERTEILEN! auf, das Grundstück des Freiburger Frauenflüchtlingshauses "den Frauen der Villa Courage" zum Einkaufspreis der Stiftung zu überlassen. Der Vorstand der Stiftung hatte demgegenüber beschlossen, das Grundstück nur zu üblichen Bedingungen - d.h. zum gegenwärtigen Bodenwert -an den Verein Villa Courage zu verkaufen. Wir möchten Euch diese Entscheidung und ihre Begründung gerne erläutern.

Neben dem Grundkonsens, daß es ein "Frauenflüchtlingshaus" geben soll, waren beim Erwerb des Grundstücks durch die Stiftung und bei der Verpachtung an den Verein Villa Courage 1991 für beide Seiten wirtschaftliche Gesichtspunkte Ausgangspunkt. Der Stiftungsvorstand und die damaligen Initiatorinnen gingen davon aus, daß das eingesetzte Stiftungskapital durch das Betreiben eines Frauenflüchtlingshaus verzinst werden würde. Die vereinbarte Verzinsung galt unter damaligen Bedingungen als moderat. Mit der Wahl und Gestaltung des abgeschlossenen Erbbaurechtsvertrags sollten einerseits langfristig günstige Bedingungen für das Projekt festgeschrieben, andererseits auch das Grundstück der Spekulation entzogen werden. Kauf und Verpachtung der Villa Courage wurden deshalb als Anlageprojekt für das Vermögen der Stiftung konzipiert.
Die Arbeitsgruppe Frauen der Stiftung hat in den Jahren 1991 und 1992 insgesamt DM 115.000 - dies entspricht etwa der Pacht von sechs Jahren - dem Verein Villa Courage zugewendet. Mit diesen Mitteln sollte die soziale Arbeit des Vereins ermöglicht und unterstützt werden. Kein anderes Projekt im Inland hat seit Bestehen der Stiftung Mittel in dieser Höhe erhalten.

Als das Projekt letztes Jahr aufgrund nicht nur äußerer sondern auch interner Konflikte vor dem Scheitern stand, überließ der Stiftungsvorstand der Gruppe Villa Courage die Entscheidung darüber, ob das Projekt beendet und das Haus verkauft oder die Migratinnenarbeit dort fortgesetzt werden soll. Er machte aber unmißverständlich deutlich, daß die Gruppe, die das Haus übernimmt, dies nur unter den Bedingungen, die im gemeisam vereinbarten Erbbaurechtsvertrag festgelegt wurden, tun kann.

Nach Übernahme des Hauses durch eine neue Gruppe und nach einem Vorstandswechsel im Verein teilten die neuen Frauen der Stiftung mit, daß sie die Konzeption von UMVERTEILEN! als Ausbeutung sehen, daß ihre erste Priorität die Existenzsicherung der im Projekt arbeitenden Flüchtlingsfrauen darstellt und daß sie mit dem von der alten Gruppe geschlossenen Vertrag nicht einverstanden sind. Die Villa Courage- Frauen (von ihnen waren einige auch in der alten Gruppe und damit auch am Pachtvertrag beteiligt gewesen) erklärten sich einseitig kurzerhand vom Anlageprojekt zum Dauer-Förderprojekt der Stiftung.

Auch ein Gespräch im Februar dieses Jahres in Freiburg brachte keine Veränderung dieser Haltung. Eine Pachtreduzierung, die für die Stiftung eventuell vorübergehend in Frage gekommen wäre, konnte gar nicht in Erwägung gezogen werden, da dies ein Konzept erfordert hätte, das die langfristig wieder wirtschaftliche Betreibung des Hauses hätte vorsehen müssen, und dazu waren die Villa-Frauen weder bereit noch in der Lage. Sie ließen uns dagegen wissen, daß sie ihre ganze Kraft für die Finanzierung des Grundstücks einsetzten werden.

Der Vorstand der Stiftung ist für die Vermögensverwaltung und nicht für die Verwendung der Fördermittel zuständig. Er legt das Stiftungsvermögen rentierlich zu marktüblichen Konditionen an. Einziger Vorteil für Darlehensnehmer, Mieter oder Pächter der Stiftung besteht darin, daß die von ihnen entrichteten Zinsen, Mieten etc. nicht privater Bereicherung oder privatem Konsum, sondern den Projekten, die von der Stiftung gefördert werden, zugute kommen. Der Vorstand ist zwar bei der Auswahl von Anlageprojekten bemüht, Anlagen dort zu tätigen, wo ihm gesellschaftlich sinnvolle Zielsetzungen und ein gewisser Einklang mit den Stiftungszielen gegeben scheint, andererseits wird - und muß - er aber bei Konflikten zwischen Anlageprojekten und Stiftung in erster Linie die Interessen der Stiftung wahren.
Die Verwendung der Stiftungsmittel liegt wiederum bei den Arbeitsgruppen der Stiftung. Diese vergeben im Rahmen der Stiftungssatzung autonom nach ihren eigenen politischen Kriterien Fördermittel an Projekte. Die Entscheidung über die Förderwürdigkeit liegt also allein bei den Arbeitsgruppen. Die geschilderte "Arbeitsteilung" zwischen Vorstand und Arbeitsgruppen bringt sicherlich auch Nachteile mit sich und kann durchaus kritisch betrachtet werden, sie hat sich aber bisher im Hinblick auf das Funktionieren der ehrenamtlich arbeitenden Stiftung, die auf überschaubare demokratische Entscheidungsstrukturen und breiten Konsens angewiesen ist, bewährt. Stiftungsintern wird die Transparenz von Anlage- und Förderentscheidungen dadurch gewährleistet, daß der Vorstand aus Vertretern aller Arbeitsgruppen gebildet wird.

Der Vorstand der Stiftung hat keinerlei Interesse daran, die Arbeit von Villa Courage zu erschweren oder in Mißkredit zu bringen, er kann und will aber auch nicht ohne das Einverständnis aller Arbeitsgruppen der Stiftung das Villa Courage- Projekt aus den der Stiftung zustehenden Mitteln fördern. Und bisher fand sich in der Stiftung nicht eine Arbeitsgruppe, die die Forderungen der Villa Courage- Frauen zu ihrer eigenen machen möchte.
Bis heute liegt uns weder ein konkretes Kaufangebot noch ein Finanzierungskonzept der Villa Courage vor. Wir können deshalb nicht beurteilen, ob die Höhe des Kaufpreises überhaupt für die langfristige Absicherung des Villa Courage-Projektes ausschlaggebend sein wird, ob ein günstigerer Preis nicht nur ganz kurzfristiges Weiterbestehen ermöglicht.
Der Vorstand geht davon aus, daß Grundstücke im Eigentum der Stiftung sich durchaus in guten Händen befinden, da die Rechtsform der Stiftung im Gegensatz zu der eines Vereins langfristig sicherstellt, daß das Vermögen für gemeinnützige Zwecke verwendet wird. Villa Courage muß u.E. das Grundstück nicht kaufen, das Projekt kann es auch unter Einhaltung der vertraglich vereinbarten Bedingungen nutzen. Wenn es für die Gruppe einfacher ist, Mittel für den Kauf als für den Erbpachtzins zu erhalten, so will der Vorstand dem nicht im Wege stehen. Allerdings soll schon aus Gründen der Gleichbehandlung das Projekt dabei nicht anders behandelt werden als jedes andere Anlageprojekt der Stiftung auch. Ein erheblicher Teil des Stiftungsvermögens ist in Projekten mit sozialem Anspruch gebunden, und diese geraten durch den Rückgang öffentlicher Mittel zur Zeit leicht in finanzielle Schwierigkeit.

Heike Brandt

Mit freundlichem Gruß
Für den Vorstand

Bürozeiten Di 10-12 h, Mi + Do 12-15 h
Konto Bank für Sozialwirtschaft, Bankleitzahl 100 205 00, Konto-Nummer 3085500

Bericht von der NGO-Konferenz der FAO in Rom

Radikale Kritik der Frauen an der Gentechnolgie

Rom, 17. November. Das diesjeahrige Treffen der kleinsten UN-Organisation fuer Ernaehrung, FAO wurde begleitet von einer fuenftaegigen Tagung von VertreterInnen von 1200 NGO-Organisationen aus allen Erdteilen. Waehrend auf der FAO-Tagung unter strengster Bewachung von 4000 Bullen Regierungspraesidenten aus der 3. Welt mit Entwicklungshilfeministern und hochrangigen Buerokraten aus der 1. Welt salbungsvolle Reden ueber die Notwendigkeit der Beseitigung des Welthungers runterbeteten, trafen sich in einer Ruine des Fortschritts und der Spekulation, einer stillgelegten nur ein paar Jahre alten Bahnhofshalle die KritikerInnen.
Die Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) sind ein politisch bunter Haufen. Darunter befinden sich fortschrittliche Gruppen wie die internationale BaeuerInnenorganisation "Via Campesina" aus Mexiko oder wie eine indische BaeuerInnengewerkschaften aber auch die katholische Hilfsorgansiation "Caritas", die nun keineswegs sonderlich progressiv einzustufen ist. In der postmodernen Bahnhofshalle sassen afrikanische Frauen neben US-amerikanischen Wissenschaftlern und diskutierten ueber die Strategien ... Bekaempfung des Welthungers. Unter den VertreterInnen der NGO-Gruppen herrschte Einigkeit ueber die Notwendigkeit der Staerkung der lokalen Oekonomie und Wiederherstellung der baeuerlichen Selbststaendigkeit. In vielen Reden wurde der verheerende Einfluss der Transnationalen Konzerne des Agrobusiness kritisiert.
Mich persoenlich hat ueberrascht, wie weitverbreitet die Kritik an der Gen- und Biotechnologie unter den NGO-Gruppen ist. Im Gegensatz zum Abschlussdokument der FAO, das in der Foederung der Biotechnologie und der weiteren Liberalisierung des Welt-Agrarmarktes nebst der Unterstuetzung der Agrarmultis (!) die entscheidenden Hebel zur Beseitigung des Welthungers sieht, faellt das Urteil der NGO's ueber die Gentechnologie vernichtend aus: Dadurch werde die Abhaengigkeit der kleinen BaeuerInnen vom Agrobusiness, den Saatgutmultis und den Chemiemultis nur noch gefoerdert. Das Wissen und die Rechte ueber jahrtausendalte Anbaumethoden des Mais in Mexiko oder des Reis in Indien werde den BaeurInnen durch nur fuer die Multis geltende Patente geraubt. "Genetische Ressourcen sind zentral zur Sicherung der Welternaehrung und duerfen nicht zu Eigentumsrechten werden" heisst es in der Abschlusserklaerung der NGO's. Aber diese Abschlusserklaerung ist auch nur ein Kompromisspapier. Am deutlichsten ist das mir an der Kritik von verschiedenen Frauengruppen geworden.
Am vorletzten Tag hatten verschiedene Frauen einen Frauentag organisiert, zu der auch Maenner als Zuhoerer zugelassen waren. Auf dem Frauenforum wurde am klarsten die Globalisierung des Weltagrarmarktes und die Unterdrueckung der BaeuerInnen kritisiert. Frauen sind in Afrika zu 60-80 % in den jeweilgen Laendern fuer die Ernaehrung zustaendig, in Lateinamerika und Asien sind 50% der BaeuerInnen weiblich. Schon infolge der sogeannten "Gruenen Revolution" in der 60er Jahren, welche die Weltbank damals mit massiven Dollarhilfen einleitete, waren Frauen die ersten Opfer des Industrialisierungsprozesses der Landwirtschaft. Nach dem voelligen Dasater, der Vertreibung von Millionen KleinbaeuerInnen, der Verwuestung halber Erdteile, wie in Afrika, propagiert nun die FAO eine neue Revolution, diesmal die wirklich "gruene" Revolution. Das Neue daran ist einzig die herausragende Rolle der Biotechnologie. Und so war es nur folgerichtig, dass die RednerInnen den verheerenden Einfluss der Gen- und Biotechnolgie in den Mittelpunkt ihrer Beitraege stellten. Vandana Shiva aus Indien und Maria Mies aus Deutschland belegten mit vielen Beispielen, wie gerade mittels Biotechnolgie die Agrarkonzerne die bisherigen Restformen der Subsistenzwirtschaft zerstoeren. Das geht soweit, dass den BaeuerInnen verboten wird, ihren selbstgezogen Mais auf den Maerkten zu verkaufen. Vandana Shiva kritisierte den Ausverkauf und die Monokultur der Landwirtschaft in der 3. Welt durch die Grossagrarier und die Multis. "Wir brauchen nicht mehr Dollars pro Hektar als Output sondern Nahrungsmittel". Die Orientierung auf die Hebung der Produktivitaet in der Landwirtschaft, die Beseitigung der biologischen Vielfalt und die Monokultur bewirke die Vertreibung der Frauen. Darueberhinaus werden immer schneller die Boeden mit Pestiziden vergiftet, deren Verkauf sich in den letzten zwei Jahrzehnten verdreifacht habe und sich keineswegs durch die Einfuehrung der

genmanipulierten Pflanzen verringere, sondern nur den Einsatz eines bestimmten Pestizides wie "Basta" oder "Round Up" foerdere.
Diese Politik werde seit Jahrzehnten von der Weltbank, aber auch von der FAO vorangetrieben. In Ruanda haben z.B. die harten Umstrukturierungs-Auflagen der Weltbank zur Zerstoerung der landwirtschaftlichen Selbstversorgung entscheidend zu beigetragen, den Hunger erzeugt und dadurch die ethnischen Konflikte mit heraufbeschworen, so Vandana Shiva. Aber die Strategien der Gentechnologen gehen noch weiter. Nachdem in den 70er Jahren der Nestle-Konzern die afrikansichen Frauen dazu bewegen wollte, ihren Babies statt Muttermilch doch lieber Nestle-Milchpulver zu geben, versuchen jetzt verschiedene Gentechnikfirmen neue gentisch manipulierte Muttermilch auf den Markt zu bringen. "Wir Frauen werden dabei nur noch als Bio-Reaktor gebraucht", so Vandana Shiva. Gegen diese Enteignung des Koerpers der Frauen muesse der entschiedenste Widerstand organisiert werden.

Maria Mies berichtete u.a. von der derzeit erfolgreichen Kampagne gegen den Monsanto-Konzern, der sein genmannipuliertes Soja auf dem europaeischen Markt absetzen will und dabei auf heftigen Widerstand, nicht nur von Greenpeace, gestossen ist. Allein die Androhung eines Boykotts habe bei dem hollaendischen Agromulti Unilever den Rueckzug von dem Vertrag mit Monsanto bewirkt. Maria Mies meinte, die Konsumenten haetten viel mehr Macht als ihnen bewusst sei. Wenn alle im Supermarkt bewusster einkaufen wuerden, haetten es die Multis sehr schwer ihr genmanipuliertes 'Novel Food' loszuwerden. Auch in den reichen Laendern gibt es mehr und mehr ein Problem der Unter- und Mangelernaehrung. Die Tendenz geht nach Maria Mies eindeutig in die Richtung, dass die Reichen sich Bionahrung kaufen und die Armen des Nordens sich nur noch den Gen-Junkfood aus den Supermaerkten leisten koennen.
Die erste richtige Kontroverse brach unter den TeilnehmerInnen ueber die notwendigen Strategien aus. Waehrend Maria Mies die Foederung der Konsumtenmacht propagierte, forderten andere Frauen einen entschiedeneren Kampf gegen die Agromultis. Eine Frau von einer indischen BaeuerInnengewerkschaft berichtete ueber den Kampf gegen den US-Multis 'Kentucky Fried Chicken', der durch ein Geheimabkommen mit der indischen Regierung im Zuge der Liberalisierung des indischen Agrarmarktes dort industriell Huehner produziert und die einheimischen Maerkte zerstoert. Erst durch die Besetzung und Verwuestung der Buerogebaeude sei es den GewerkschaftlerInnen gelungen, den verheerenden Einfluss des US-Konzern an die Oeffentlichkeit zu bringen. Zwar seien viele Frauen dadurch kriminalisert worden, "aber ohne was zu riskieren, werden wir nichts veraendern", so die indische Gewerschaftlerin.

Was auf dem ganzen NGO-Forum fehlte, und auch die Frauen nicht thematisierten, war eine klare Kritik des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Auf der beschreibenden Ebene, ueber den ungeheuren Konzentrationsprozess unter den Agrarmultis auf dem Weltmarkt, ueber die Patentierung und Inwertsetzung des menschlichen Koerpers, ueber die patriarchale Diskussion der sogenannten Ueberbevoelkerung wurde viel geredet - aber ueber das zugrundeliegende System der kapitalistischen Oekonomie sprach nur ein 'Promi': Fidel Castro auf dem FAO-Plenum. Castro war hier in Rom nicht nur der Star der lokalen Presse, sondern er bekam auch sehr viel Beifall von den NGO's und der italienischen Linken. Dass es Kuba derzeit so schlecht gehe, liege vor allem am Handelsboykott der USA. Ueber hausgemachte Fehlentwicklungen, die Industrialisierung der Landwirtschaft und erst sehr zoegerliche Zulassung selbstbestimmter landwirtschaftlicher Produktion oder die Rolle Kubas auf dem internationalen Biotechnologiemarkt sprach der alte Fidel nicht. Mit seiner Rede schwang er sich auf zum Sprecher der Regierungen des Suedens gegen den kapitalistischen Norden und verwischte damit nur mehr Widersprueche. Wenn z.B. der zairische Regierungschef hier in Rom jegliche Nahrungsmittelhilfe fuer die ruandischen Fluechtlinge durch die FAO und UN ablehnte, so machte er nur allzu deutlich, dass auch in der 3. Welt die herrschende Klasse Nahrung als Waffe weiter einsetzen will. Ueber die vielen freiwilligen Kooperationsvertraege mit den Agrarmultis, der Kollarboration mit den Grossgrundbesitzern wollen wir jetzt hier gar nicht reden. Fidel Castro benannte einen Schuldigen, der zweifellos den Welthunger erzeugt hat, aber seine Klaqeure auf dem FAO-Gipfel sind zugleich auch die Kollarborateuere des global agierenden Kapitalismus!

Autonome Gruesse aus Roma, Francesco

Ein kleiner Versuch, mit dem antipatriarchalen Zaunpfahl zu winken

zum Text „Wo die Gummibärchen *ab*winken" von Carrie & McMurphy in der Interim 395

Hier melden sich Männer zu Wort, die mit McMurphy zu tun haben und über ihn auch wissen, wer Carrie ist. Wir haben sein/ihr(e) Pseudonym(e) einigen GenossInnen gegenüber aufgehoben, die McMurphy über uns manchmal begegnet sind. Dahinter stand nicht, daß wir IHN „öffentlich" machen wollten, sondern daß wir einfach keine Notwendigkeit darin gesehen haben, unseren GenossInnen gegenüber speziell SEINE Anonymität zu wahren. Nicht, um ihn als (Mit)Verfasser von uns kritisierter Passagen zu outen, sondern weil wir die Heimlichtuerei in unserer Gruppe bezüglich McMurphy (!) nicht notwendig fanden. Ob das „leichtsinnig" oder „unbefangen" war, lassen wir mal dahingestellt. Was ihr jetzt daraus für Konsequenzen für euch ableitet, kommt uns ziemlich überzogen vor, auch wenn ihr mehrfach betont habt, für wie wichtig ihr das Diskutieren eurer persönlichen Kiste unter Pseudonymen findet.

Die folgenden Bemerkungen sind kurz und knapp der bisherige Stand unserer Diskussion zu McMurphy und Carrie, wobei wir uns in unseren Gesprächen immer eher auf McMurphy bezogen haben, eben weil wir ihn (besser und genauer) kennen. Wir werden versuchen, noch ausführlicher Stellung zu nehmen, weil wir das sowieso schon lange wollten, aber noch viele Diskussionen unter uns dafür notwendig sind. Jetzt melden wir uns, weil wir es jetzt wichtig finden, zu dem „Gummibärchen"-Text einige Sachen anzureißen. Das hier ist also nur vorläufig.

An McMurphy und Carrie

- Kritisiert wurde an euren Texten vor allem das fiktive (Nicht-)Verkaufsgespräch, mit dem ihr in der Arranca-Debatte ziemlich eindeutig gegen die Schwarzmarkt-FrauenLesben aus Hamburg Stellung genommen habt (Interim 378, „Transparenz der Zensur bleibt Zensur der Transparenz"). Es ist sehr peinlich, wenn ihr jetzt hauptsächlich mit eurem Wissen um Jessica Benjamin/ Judith Butler kokettiert, anstatt euch dieser Kritik zu stellen. Anstelle einer Auseinandersetzung mit der aktuell geäußerten Kritik (die euch ja nicht so unbekannt ist, wie ihr hier vorgebt, jedenfalls McMurphy nicht!), verschiebt ihr das auf spätere Beiträge und demonstriert mit dem Verweis auf aktuelle Lektüre eure intellektuelle Reputation - und versucht gleichzeitig, die Kritik der Lächerlichkeit/Unwissenheit preiszugeben. „Humor und Lebensfreude" seien in unserer Szene noch real zu erstreitende Güter - wir fragen uns, wen ihr damit meint: etwa den Männerhumor auf Kosten von FrauenLesben, der tagtäglich auch in der Szene kursiert? Oder die „Lebensfreude" sogenannter linker Männer beim Genuß ihres patriarchalen Alltags? Uns bleibt das Lachen spätestens da im Halse stecken, denn den Seitenhieb gemäß des Klischees der humorlosen, frustrierten Feministin finden wir mies.

- Viel mehr als „Schlagworte" wollen wir hier erstmal auch nicht beisteuern, denn wir sind bei euren Texten oft ziemlich überfordert und finden den Sprach- und Begriffsgebrauch ganz schön anspruchsvoll und z.T. elitär. Daß sich unsere Kritik hauptsächlich an dem „Verkaufsgespräch" entzündet, hat auch damit zu tun, daß wir nach dem Lesen wenig Lust hatten, uns weiter mit euren Texten zu beschäftigen.

- Das „Verkaufsgespräch" hat eine antifeministische Richtung, in dem es die Forderungen von Feministinnen auf verschiedenen Ebenen angreift. Die (sehr lesenswerte) Begründung der Schwarzmarkt-FrauenLesben (Interim 374, „Transparenz in der Zensur") wird von euch ins Lächerliche gezogen, ihre Argumente werden banalisiert und mit deutlichem Spott bedacht („Stehst Du auch auf Kate? (wird rot)" ...) und einige Mal klar angegriffen („Radikal-Tusneldas", „scheiß autoritär" ...). Ihr konstruiert ein Zerrbild: die FrauenLesben werden zu Zensorinnen stilisiert (Boykott und Zensur elegant vertauscht), die anderen (z.B. jüngeren) Frauen die Kritikfähigkeit absprechen, sie bevormunden und Gedankenpolizei spielen wollen. Was für eine Verkehrung der Tatsachen! Richtig übel wird es, als Wiglaf Droste herangezogen wird und die Gegenwehr von FrauenLesben quasi die gleiche Bewertung erfährt wie der Arranca-Boykott. Droste und mit ihm die ganze „Mißbrauch mit dem Mißbrauch"-Scheiße wird in einem Nebensatz relativiert und bagatellisiert!!! Plump ist es, wie ihr das Interesse eurer fiktiven Kundin gegen das der FrauenLesben ausspielt. Eure ganze „Satire" gerät zur antifeministischen Platitüde: Schmunzeln über die „spießigen" FrauenLesben, Schmunzeln über den „Droste-Männerbund", Schmunzeln über die angeblich besserwisserischen Argumente - das wird an diesem Text als eure Position sichtbar.

- In euren Texten taucht öfters das Wörtchen „pc" auf. Ihr benutzt es in der im Beitrag „PC-Diskurs und neuer Antifeminismus in der BRD" aus dem kassiber 29 (autonome Stadtzeitung aus Bremen vom September 1996) benannten Weise als ein Stigmawort. Danach werden „mit der Bezeichnung politically correct die angeblichen Einschränkungen der Rede-, Meinungs- und Handlungsfreiheit im Namen von Antirassismus und Antisexismus als naiv, lächerlich und/oder intolerant angeprangert." (kassiber 29). Bei euch taucht „pc" in

dieser Bedeutung auf, um erneut Positionen wahlweise als dogmatisch / bevormundend / doppelmoralisch / denkfaul zu denunzieren. Damit liegt ihr genau auf der antifeministischen Linie, auf der sich der „PC-Diskurs“ inzwischen bewegt. Ein Name wie „Petito Correcto“ für einen seine patriarchale Wirklichkeit auswalzenden Typen ist da nur noch folgerichtig.

- Ziemlich heftig fanden wir noch eure (beinahe verschwörerische) „Warnung“ an Petito Correcto (und damit an alle Typen, die sich mit seinen Texten identifizieren): „Be careful, Petito!“. Ihr vertauscht hier infam Opfer- und Täterrolle, weil wohl kaum Petito vorsichtig sein muß, sondern vor allem die Frauen, die mit ihm zu tun haben! „Die Hände der linksradikalen MoralapostellInnen“ sind für euch die eigentliche Gefahr, nicht jedoch die hinter solchen „Bekenntnissen“ wie die von Petito stehende patriarchale Gewalt! Wenn ihr allen Ernstes meint, unter dem Schutze der Anonymität gegen „dominante einfache saubere Weltbilder“ (offensichtlich euer polemisches Synonym für feministische Positionen) kämpfen zu wollen, dann ist der Vorwurf an euch, Teil des antifeministischen Rollbacks zu sein, wohl nicht so weit hergeholt, wie ihr Glauben machen wollt.

- Wir wollen hier nicht als die besseren Männer (die wir nicht sind) an eure Texte mit dem antipatriarchalen Rotstift herangehen. Wir sind auch erst am Anfang und auf dem Weg zu kapieren, nach welchen patriarchalen Mustern wir uns verhalten und wie die Strukturen beschaffen sind, die dafür gesorgt haben. Nicht alles was ihr oder auch was Petito schreibt ist uns total fremd. Aber wir finden es überhaupt keinen Erfolg, wenn Männer sich offen und in der Szeneöffentlichkeit mit all ihren brutalen Sexismen offenbaren, wie bei Petito unter teilweisem Applaus (bei euch ja nicht zu übersehen) geschehen. Wir wollen unsere Widersprüche nicht verschweigen oder zudecken, aber wir wollen uns auch nicht mit ihnen brüsten, sondern sie aufspüren, thematisieren, um sie eines Tages aufzulösen. Das geht bestimmt nicht in einer anonymisierten Interim-“Diskussion“!!! Und schon gar nicht in der dargebotenen Spannbreite: „Wie kriegt mann seine Gewaltphantasien weg?“ bis zu „Wie kriegt mann einen geilen Orgasmus?“. Der traurige Stand der Diskussion in der gemischtgeschlechtlichen Linken ist für euch offenbar ein Erfolg. „Free speech for all!“ - gilt das auch für Sexisten?

Zu den anderen „DiskutantInnen“ sagen wir jetzt nichts, weil uns das bis hier am wichtigsten war. Wir finden es falsch, daß wir uns jetzt erst so spät gemeldet haben, anstatt gleich auf „Transparenz der Zensur bleibt Zensur der Transparenz“ zu reagieren. Wir holen das hier nach und wollen damit zugleich auch deutlich machen, daß wir den Arranca-Boykott der FrauenLesben vom Schwarzmarkt für ausreichend begründet halten. Transparenz ist nicht alles!
Außerdem erwarten wir eine Stellungnahme seitens der Interim zu der „Sexualitätsdebatte“ und dem Text einer „brech-Gereizten“ in der Interim 397, deren Forderung wir hier ausdrücklich unterstützen.

einige etwas späte Männer

Informations- und Solidaritätsveranstaltung mit VertreterInnen der MRTA-Peru (Revolutionäre Tupac Amaru)

Nach den Friedensschlüssen zwischen Regierung und Guerilla in El Salvador und jetzt auch Guatemala scheint die Zeit der revolutionären Guerilla Lateinamerikas endgültig am Ende. Doch das entspricht eher einer selektiven Sichtweise als der Realität. So kämpfen in Peru ArbeiterInnen, StudentInnen, Campesinas/os und Intellektuelle in der MRTA (Revolutionäre Tupac Amaru) seit Jahren gegen die Verelendung großer Teile der Population. VertreterInnen der MRTA werden auf der Veranstaltung über ihren Kampf berichten. Auch die MRTA ist, wie jede revolutionäre Bewegung, mit der staatlichen Repression konfrontiert. Ca. 300 Gefangene der MRTA, u.a. führende Kader der Organisation, sind auf verschiedene Hochsicherheitstrakte Perus verteilt. Diese Gefängnisse sind Stätten der physischen und psychischen Folter. Viele Gefangene sind durch die Haftbedingungen schwer erkrankt. Zur Zeit droht zwei im uruguayischen Exil lebenden peruanischen GenossInnen die Auslieferung nach Peru. Auf der Veranstaltung soll überlegt werden, wie praktische Solidarität aussehen kann.

Zu Beginn der Veranstaltung wird der Journalist Peter Nowak (Redaktionsmitglied der Cuba Libre) einige Überlegungen zum Internationalismus im 30ten Todesjahr Che Guevaras zur Diskussion stellen.

Ort: Thomas Weißbecker Haus, Wilhelmstraße 9, (nähe U-Bahnhof Hallesches Tor oder S-Bahn Anhalter Bahnhof)

Zeit: Mittwoch, der 27.11.96, 20 Uhr

V.i.S.d.P.: Venceremos, Kontakt: Kopierladen M99, Manteuffelstr. 96, 10997 Berlin







Einladung zum Vorbereitungstreffen eines antifaschistischen/revolutionären Blocks auf der Liebknecht-Luxemburg Gedenkdemonstration im Januar 97 in Berlin

Zur Geschichte der Gedenkveranstaltung

Seit der Beisetzung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Jahre 1919 fanden alljährlich von der KPD organisierte Gedenkveranstaltungen statt. Sie wurden als politische Kundgebungen genutzt. Seit der Errichtung der Gedenkstätte der Sozialisten 1926 war diese Ziel der Demonstrationen.
Mit Erstarken der NSDAP bekam die Gede[illegible]eranstaltung zunehmend einen antifaschistischen Charakter. 1933 wurden die Gedenkveranstaltungen verboten, 1935 wurde das Denkmal von den Nationalsozialisten zerstört.
Im Januar 1946 fand die erste Demonstration seit der Naziherrschaft statt. Während dem Bestehen der DDR gedachten alljährlich über Hunderttausend der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die Gedenkveranstaltungen standen meist unter antiimperialistischem Motto.
Auch nach dem Zusammenbruch der DDR ist diese Veranstaltung Anziehungspunkt geblieben; ganz zur anfäglichen Überraschung von Medien und Parteien, die mit Abwicklung der DDR auch die kultivierten Gedenktage abgewickelt glaubten. Dieses Datum ist alljährlich Anlaß zur größten kontinuierlichen Veranstaltung der deutschen Linken.
Seit 1991 wurde von der Lenin-Platz-Initiative in Verbindung mit der Umbenennung des Leninplatzes und der Entfernung des Denkmals eine Demonstration zu der Gedenkstätte ins Leben gerufen.
Die Bündnisdemonstration, stellt einen Sammelpunkt für das gesamte Spektrum der Linken dar. Die Bandbreite reicht heute von marxistischen Organisationen über autonome Antifas bis hin zu Teilen der PDS.

Der Polizeiüberfall im Januar 1996

Im Januar 1996 kamen 100.000 Menschen zur Kundgebung an der Gedenkstätte in Friedrichsfelde; 6000 Leute gingen zur Demonstration. Dabei wurde erstmalig ein revolutionärer Antifablock organisiert, an dem - obwohl nur berlinweit mobilisiert- 400 Menschen teilnahmen. Die Reaktion des Blockes auf Provokationen der Polizei -Anlaß: das Zeigen von ERNK-Fähnchen- waren offensiv und geschlossen. Nach der Ankunft der Demo bei der Gedenkstätte kam es in Zusammenhang mit einer Agit-Prop-Aktion der Autonomen Antifa (M) zu einem Großeinsatz der Polizei. Anfangs von allen Anwesenden offensiv zurückgedrängt endete er mit vielen Verletzten, der Räumung des Platzes und der Beendigung der Veranstaltung. 14 TeilnehmerInnen wurden -zum Teil wegen „schwerem Landfriedensbruch"- festgenommen, die Prozesse stehen jetzt an.
Es ist abzusehen, daß die Polizei 1997 einen weiteren Generalangriff plant; vorsorglich wurde die Auflage erteilt, daß alle Infostände einzeln angemeldet werden müssen und nicht mehr auf den Zufahrtswegen und dem Vorplatz der Gedenkstätte aufgestellt werden dürfen.

Warum einen antifaschistischen/revolutionären Block auf der Demo im Januar 1997

Schaffung der Antifaschistische Einheit

Da sich an diesem Tag eine alle linke Strömungen sammelnde Großveranstaltung mit breiter Beteiligung der Bevölkerung etabliert hat, zunehmend mehr junge Menschen die Demo besuchen und sich das Gedenken mit aktuellen politischen Forderungen verbindet, wird die Veranstaltung von staatlicher Seite angegriffen und kriminalisiert.
Die anwesenden Linken solllen -durch die Medien aufgebauscht- in friedliche, unpolitische Nostalgiker und an der Eskalation interessierte, linke Chaoten gespalten werden. So soll dem Tag seine Brisanz genommen und die Liebknecht-Luxemburg-Gedenkveranstaltung zu einem sinnentleerten Ritual gemacht werden.
Politisches Anliegen muß es sein, die Gedenkveranstaltung als wahrnehmbare Äußerung der Linken zu verteidigen. Die Linke ist schwach und zersplittert, linke Positionen kaum noch wahrnehmbar. Um diesen Zustand zu verändern ist es nötig, offen zu sein für andere Ansätze und Erfahrungen und mit den verschiedensten Spektren zusammenzuarbeiten. Deshalb finden wir es notwendig, nicht die Unterschiede der Beteiligten in den Vordergrund zu stellen, aber dennoch als revolutionäre AntifaschistInnen wahrgenommen zu werden. In der Zusammenarbeit und in dem gemeinsamen Auftreten mit sozialistischen Gruppen und älteren GenossInnen kommt dieses Anliegen praktisch zum Ausdruck.

Antifaschismus ist der Kampf ums Ganze

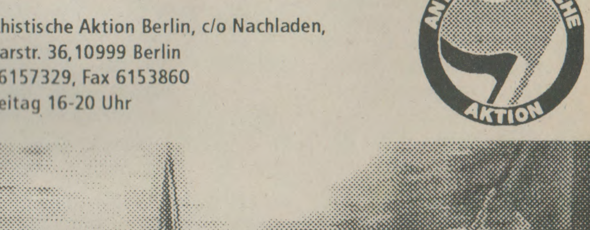
Als AntifaschistInnen beziehen wir uns auf die Geschichte des kommunistischen Widerstands -in Erkenntnis, daß der Widerstand gegen Faschismus wirkungslos bleiben muß, wenn er nicht dessen gesellschaftliche Ursachen miteinbezieht.
Die Entstehung des Faschismus ist ursächlich verbunden mit der kapitalistischen Produktionsweise und den sich daraus ergebenden Lebensbedingungen und sozialen Strukturen in der Gesellschaft.
Im Faschismus in ihrer extremsten Ausprägung vorhandene Überlegenheitsideologien wie Sexismus oder Rassismus sind im bestehenden System fest verankert und werden vom Kapitalismus mitgeprägt. Konsequenter Antifaschismus muß deshalb eine revolutionäre und antikapitalistische Ausrichtung haben.

Revolutionärer Antifaschismus und Geschichtsbewußtsein

Schritt für Schritt wird heute daran gearbeitet, jeden Versuch von revolutionärer Veränderung und des Aufbaus einer Alternative zu leugnen und die Erinnerung daran auszulöschen. Der Kapitalismus soll dadurch als einzig geschichtlich legitimiertes Gesellschaftssystem dargestellt werden, als endgültiger Sieger der Geschichte.
Die Bemühungen, die Gedenkveranstaltung und die damit verbundene Erinnerung an den kommunistischen Widerstand zu zerstören sind ein Beispiel dafür.
Der heutige linke Widerstand ist das Ergebnis von Kämpfen, die andere vor uns um das Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geführt haben. Auf diese, wie es im konkreten Fall Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren, beziehen wir uns. Deshalb ist die richtige Reaktion auf die Versuche, linke Geschichte zu verfälschen oder zu diskreditieren, sie als Teil unserer eigenen Geschichte zu verteidigen.

Der Kampf um die Geschichte ist der Kampf um die Gegenwart!

Zur Vorbereitung des antifaschistischen/revolutionären Blocks laden wir ein:
am Montag, den 25.11.1996, 19.30 Uhr im Heilehaus, (Waldemarstr. 36, Berlin Kreuzbrg)



Antifaschistische Aktion Berlin, c/o Nachladen,
Waldemarstr. 36,10999 Berlin
Tel 030/6157329, Fax 6153860
Büro: Freitag 16-20 Uhr



Blödin
BSE
Schlachtensee. Ravensbrück. Berlin.*

An die Berliner VorbereiterInnen der Lübecker Demo am 03.11.96!!

Zu Eurem Plakat sowie Euren Spuckies mit dem Logo

Lügeck
25 - 30 km
Bad Kleinen. Grevesmühlen. Lübeck

merken wir folgendes an:

1. Provokation ist nicht per se richtig, sondern muß gerichtet sein (was will der Absender dem Adressaten sagen)

2. Ein Wortspiel mit dem Stadtnamen als Ganzes (Lügeck) ist harmlosesten Falles blöde Anmache, ansonsten infame Verallgemeinerung (Kollektivstrafe).

3. Insbesondere von Auswärtigen ist das erst recht ein Unding.

4. Das Kilometerschild (auf dem Plakat) suggeriert den lokalen mit dem kausalen Zusammenhang im Sinne von "in diesen 30 km ^{2} ist das Böse ansässig".

Ist das IRGENDWIE inhaltlich in Einklang zu bringen mit dem Anspruch gesellschaftskritischer Analyse (statt dummer Propaganda), daß nämlich so etwas wie rassistischer Grundkonsens, struktureller Rassismus, institutioneller Rassismus, rassistische Normalität, u.s.w. existiert?

5. Jenseits der linken Szene verbinden sich nämlich mit den Namen

Bad Kleinen (steht für GSG9/ Grams/ Hogefeldt/ RAF/. Staatsschutzaktion/ u.s.w.).

Grevesmühlen (steht für das Dorf, aus dem
a) Neonazis kommen, welche mit großer Wahrscheinlichkeit den Brandanschlag in Lübeck verübten, und
b) bereits zuvor Naziaktivitäten bekannt wurden

Lübeck (steht für Synagogenbrand/ Hafenstraße).

keine weiteren Assoziationen. Und selbst wenn ich diese Assoziationskette glücklich in der Hand halte, was soll ich dann damit?

Gesellschaftliche Zusammenhänge sind leider komplexer als zu sagen: **dort** die Bösen - **hier** die Guten. Welchem aufklärerischen Anspruch kommt dieses euer Plakat/ Spucki nach?

Besteht die beabsichtigte Provokation darin, daß alle, die in Lübeck/ Umgebung wohnen, sich schuldig fühlen müssen? Oder sich alle distanzieren? Was soll aus so einer Provokation entstehen, außer "die spinnen, die Linken". Gibt es auf eueren tollen Zetteln irgendwelche Informationen, Appelle, Forderungen, Statements oder ähnliches, die auch nur Irgendjemand Irgendwas sagen könnte?

Alle Fragen könnte mensch nur mit **NEIN** beantworten. Und die Erklärung, liebe ARI, daß Verkürzendes immer verplattet, ist ja wohl auch Müll: wenn das so stimmte, dann müßte man sofort aufhören Plakate als politisches Mittel einzusetzen. Allerdings: wird logischerweise falscher Inhalt durch Verkürzung nicht richtiger - gell?

Ziemlich bitter fanden wir, daß man das 1996 Leuten offenbar wirklich erklären muß.

Und tschüß: einige Berliner Demonstranten

* Schmücker/ Frauenkonzentrationslager/ die Bösen

Nestlé will Gen-Food forcieren

Maggi und Müslis mit genetisch veränderten Inhaltsstoffen / Übrige Branche zurückhaltend

HAMBURG (AFP/AP/vwd). Der Schweizer Lebensmittelkonzern Nestlé will gentechnisch veränderte Nahrungsmittel auch in Deutschland „so schnell wie möglich" auf den Markt bringen. Das sagte der Chef des weltgrößten Lebensmittelkonzerns, Helmut Maucher, dem Nachrichtenmagazin „Stern" in einem am Dienstag vorab veröffentlichten Interview. Müslis und Maggi-Produkte sollen schon bald mit gentechnisch veränderten Zutaten auf den Markt kommen. Die Babykost (Alete) könnte folgen.

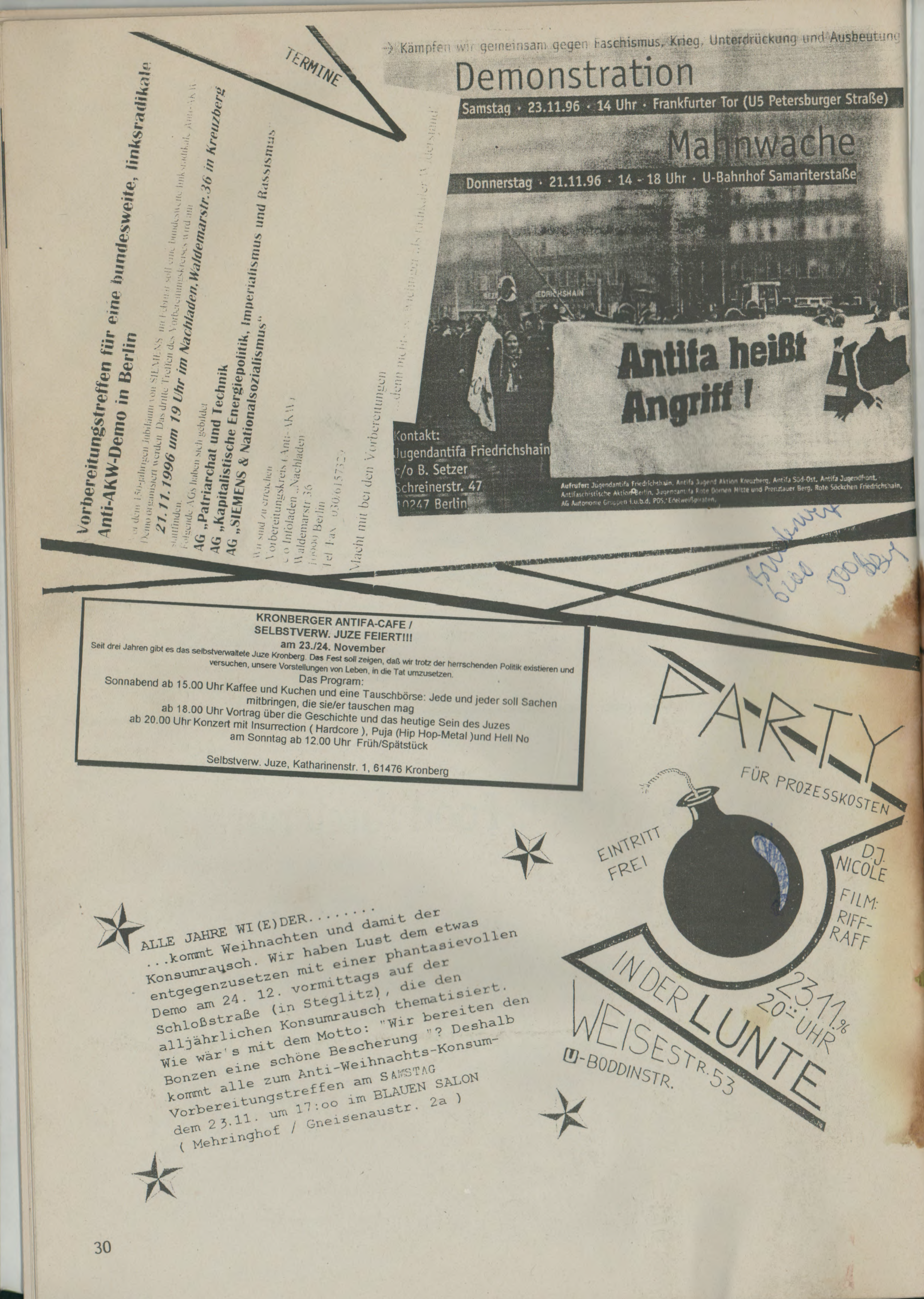
Der Konzern wolle die Gen-Food Diskussion forcieren, sagte Maucher. Durch die rasche Einführung wolle man erfahren, wie die Verbraucher wirklich auf genetisch veränderte Lebensmittel reagierten. Die Haltung der deutschen Nestlé-Tochter, die sich öffentlich zu einem Verzicht auf genverändertes Soja bereiterklärt hatte, das vor wenigen Tage erstmals aus den USA auf den deutschen Markt gelangt war, kritisierte Maucher. Er sei damit „nicht glücklich ohne den Zusatz, daß wir generell der Gentechnik gegenüber positiv eingestellt sind".

Nestlé wird nach entsprechender gesetzlicher Zustimmung zunächst bei Maggi-Suppen und -Gewürzen sowie Getreideprodukten auf Gen-Food umstellen, sagte Maucher. Langfristig sei auch denkbar, die Babynahrung mit gentechnisch veränderten Zutaten herzustellen. „Solange die Diskussion aber so aufgeheizt ist und nicht alle Probleme aus der Welt geschafft sind, werden wir bei Kindernahrung am vorsichtigsten sein", versicherte der Konzernchef.

Über die Vorteile der Gentechnologie lasse sich „doch fast gar nicht streiten" Eine Kennzeichnung sei im Prinzip wünschenswert, aber nicht immer möglich, da sich manche Produkte aus einer Reihe von Stoffen zusammensetzen. „Fordert man die Kennzeichnung auch bei solchen Produkten, dann ist die Gentechnik tot."

Andere Lebensmittelkonzerne wollen of fenbar nicht so vorpreschen. Ein Spreche von Kraft-Jacobs-Suchard versicherte, da Unternehmen mit Markenprodukten wi Miracoli, Kaba und Milka werde europawei auf den Einsatz von gentechnisch veränder ten Zutaten verzichten. Dies gelte so lang wie nicht alle juristischen und politische Probleme geklärt seien und der Verbrauche gegenüber Gen-Food abgeneigt sei. Die CP Deutschland GmbH in Heilbronn (Knor Pfanni) war zunächst nicht zu erreichen. Ei Sprecher von Unilever wiederholte den bi herigen Standpunkt, daß der Konzern zu Gentechnik stehe, aber Gensoja in seine Produkten nicht verwenden werde.

Die EU-Kommission wird am Mittwoc beraten, ob auch gentechnisch manipulie ter Mais eine Marktzulassung erhält. Ei Entscheidung wird nicht vor Dezember e wartet, da zuvor alle drei zuständigen Au schüsse Stellung nehmen müssen.



TERMINE

→ Kämpfen wir gemeinsam gegen Faschismus, Krieg, Unterdrückung und Ausbeutung

Demonstration

Samstag · 23.11.96 · 14 Uhr · Frankfurter Tor (U5 Petersburger Straße)

Mahnwache

Donnerstag · 21.11.96 · 14 - 18 Uhr · U-Bahnhof Samariterstaße

Kontakt:
Jugendantifa Friedrichshain
c/o B. Setzer
Schreinerstr. 47
10247 Berlin

Aufrufer: Jugendantifa Friedrichshain, Antifa Jugend Aktion Kreuzberg, Antifa Süd-Ost, Antifa Jugendfront, Antifaschistische Aktion Berlin, Jugendantifa Rote Dornen Mitte und Prenzlauer Berg, Rote Söckchen Friedrichshain, AG Autonome Gruppen i.u.b.d. PDS, Edelweißpiraten.

Vorbereitungstreffen für eine bundesweite, linksradikale Anti-AKW-Demo in Berlin

Vor dem 150-jährigen Jubiläum von SIEMENS im Februar soll eine bundesweite linksradikale Anti-AKW-Demo organisiert werden. Das dritte Treffen des Vorbereitungskreises wird am

21.11.1996 um 19 Uhr im Nachladen, Waldemarstr. 36 in Kreuzberg

stattfinden.

Folgende AGs haben sich gebildet

AG „Patriarchat und Technik
AG „Kapitalistische Energiepolitik, Imperialismus und Rassismus"
AG „SIEMENS & Nationalsozialismus"

Wir sind zu erreichen
Vorbereitungskreis (Anti-AKW)
c/o Infoladen „Nachladen"
Waldemarstr 36
10999 Berlin
Tel/Fax 030/6157327

Macht mit bei den Vorbereitungen
...denn nichts ist wichtiger als radikaler Widerstand!

KRONBERGER ANTIFA-CAFE / SELBSTVERW. JUZE FEIERT!!!
am 23./24. November

Seit drei Jahren gibt es das selbstverwaltete Juze Kronberg. Das Fest soll zeigen, daß wir trotz der herrschenden Politik existieren und versuchen, unsere Vorstellungen von Leben, in die Tat umzusetzen.

Das Program:
Sonnabend ab 15.00 Uhr Kaffee und Kuchen und eine Tauschbörse: Jede und jeder soll Sachen mitbringen, die sie/er tauschen mag
ab 18.00 Uhr Vortrag über die Geschichte und das heutige Sein des Juzes
ab 20.00 Uhr Konzert mit Insurrection (Hardcore), Puja (Hip Hop-Metal)und Hell No
am Sonntag ab 12.00 Uhr Früh/Spätstück

Selbstverw. Juze, Katharinenstr. 1, 61476 Kronberg

PARTY
FÜR PROZESSKOSTEN
EINTRITT FREI
D.J. NICOLE
FILM: RIFF-RAFF
23.11.96 20:- UHR
IN DER LUNTE
WEISESTR. 53
U-BODDINSTR.

ALLE JAHRE WI(E)DER........
...kommt Weihnachten und damit der Konsumrausch. Wir haben Lust dem etwas entgegenzusetzen mit einer phantasievollen Demo am 24. 12. vormittags auf der Schloßstraße (in Steglitz), die den alljährlichen Konsumrausch thematisiert. Wie wär's mit dem Motto: "Wir bereiten den Bonzen eine schöne Bescherung "? Deshalb kommt alle zum Anti-Weihnachts-Konsum-Vorbereitungstreffen am SAMSTAG dem 23.11. um 17:oo im BLAUEN SALON (Mehringhof / Gneisenaustr. 2a)

BERLIN-TERMINE:

Do. 21.11. Interim lesen, damit Ihr auf der Kiezdisko am Wochenende durchblickt worüber gesprochen wird und wo überhaupt gefeiert wird.
Davor: 14-18 Uhr Mahnwache wg. Sylvio, U-Bahnhof Samariterstraße
19 Uhr Vorbereitungstreffen für eine bundesweite Anti-AKW-Demo in Berlin, im Nachladen, Waldemarstr. 36 in Kreuzberg.

Fr. 22.11. Traum oder Trauma - die AnarchistInnen die lachenden VerliererInnen der Geschichte? Veranstaltung der freien anarchistischen Bücherei um 19 Uhr im El Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin.

Sa. 23.11. 14 Uhr DEMO: Kampf dem Faschismus! Frankfurter Tor (U5 Petersburgerstraße.
17 Uhr Film: "Komödie im Mai" über Frankreich im Mai '68. Im Größenwahn, Kinzigstr. 9, Hinterhaus.
20 Uhr Party für Prozesskosten. In der Lunte, Weisestr. 53, U-Bahn Boddinstraße.

Mo. 25.11. 20 Uhr Film über die Wagendörfer in Berlin,in der Köpi

Di. 26.11. 19.30 Uhr: Dia-Vortrag "Drahtzieher im braunen Netz". im KATO, U-Bahn Schlesisches Tor.

Mi. 27.11. 20 Uhr: Informations- und Solidaritätsveranstaltung mit Vert
Innen der MRTA-Peru und einem Redaktionsm
Im Thomas weißbecker Haus, Wilhelmstr. 9, U-Ba

Do. 28.11. 20 Uhr Film: "Der lange Schatten von Mogadis
die RAF. Im Cafe Größenwahn, siehe oben.

Sa. 30.11. 14 Uhr DEMO für den Erhalt alternative
wahn, Rosa-Luxemburg-Platz.
22 Uhr Soliparty mit Dj, Livemu



Vorbereitungst
Anti-AKW-Dem

21.11.1996
AG „Patriarchat
AG „Kapitalistis
AG „SIEMENS

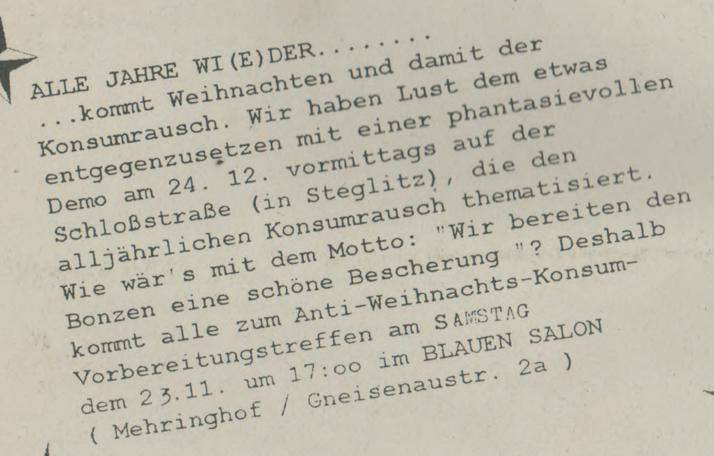
KRONBERGER ANTIFA-CAFE / SELBSTVERW. JUZE FEIERT!!!
am 23./24. November

Seit drei Jahren gibt es das selbstverwaltete Juze Kronberg. Das Fest soll zeigen, daß wir trotz der herrschenden Politik existieren und versuchen, unsere Vorstellungen von Leben, in die Tat umzusetzen.

Das Program:
Sonnabend ab 15.00 Uhr Kaffee und Kuchen und eine Tauschbörse: Jede und jeder soll Sachen mitbringen, die sie/er tauschen mag
ab 18.00 Uhr Vortrag über die Geschichte und das heutige Sein des Juzes
ab 20.00 Uhr Konzert mit Insurrection (Hardcore), Puja (Hip Hop-Metal)und Hell No
am Sonntag ab 12.00 Uhr Früh/Spätstück

Selbstverw. Juze, Katharinenstr. 1, 61476 Kronberg





ALLE JAHRE WI(E)DER........
...kommt Weihnachten und damit der Konsumrausch. Wir haben Lust dem etwas entgegenzusetzen mit einer phantasievollen Demo am 24. 12. vormittags auf der Schloßstraße (in Steglitz), die den alljährlichen Konsumrausch thematisiert. Wie wär's mit dem Motto: "Wir bereiten den Bonzen eine schöne Bescherung "? Deshalb kommt alle zum Anti-Weihnachts-Konsum-Vorbereitungstreffen am SAMSTAG dem 23.11. um 17:oo im BLAUEN SALON (Mehringhof / Gneisenaustr. 2a)

